



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2014/2017
16. Sitzung	Donnerstag, 15. September 2016 19.00 Uhr, Aula Oberstufenschulzentrum
Vorsitz	Christian Keller, Vize-Präsident
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiber-Stv.
Stimmzähler	Ursula Spinner Marco Küng
Anwesend	37 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Gemeindeschreiber Anton Meier
Entschuldigt	Ursula Haag, Präsidentin Denise Hunziker Daniel Meier
Ende der Sitzung	22.50 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2016/27	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	405
2	2016/42	Inpflichtnahme Mimoza Sejdini, CVP, anstelle von Christa Ochsner	408
3	2016/09	Vertrag Holzschnitzelheizung / Genehmigung der überarbeiteten Version	408
4	2014/60	Motion Christian Bossard zur Schulraumplanung vom 11. Dezember 2014 / Bericht des Gemeinderates	411
5	2016/28	Verpflichtungskredit von CHF 780'000 für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums auf dem Gelände des Oberstufenschulzentrums (OSOS)	414
6	2015/27	Motion SVP-Fraktion / Einsetzung einer Arbeitsgruppe Finanzen Bericht der einwohnerrätlichen Arbeitsgruppe Finanzen / Abschreibung	419

	2016/06	Postulat Christian Keller / Einsetzung einer Meldestelle für Sparvorschläge / Abschreibung	
7	2015/29	Postulat Urs Müller, Abklärungen für eine engere Zusammenarbeit der Feuerwehren Unter- und Obersiggenthal / Abschreibung	427
8	2016/04	Postulat Fraktion SP/Grüne, Strahlenbelastung in der Gemeinde Obersiggenthal / Abschreibung	428
9		Kreditabrechnungen	429
	2014/33	a) Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Schlauchverleger	
		b) Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Verkehrsfahrzeug	
	2012/25	c) Hallen- und Gartenbad, Sanierung 4. Etappe, Haustechnik und Badewasseraufbereitung	
	2015/13	d) Hallen- und Gartenbad, Wintersauna	
	2015/13	e) Hallen- und Gartenbad, Sauna Neugestaltung (nicht ausgeführt)	
10	2016/29	Umfrage	430

Christian Keller, Vizepräsident: Es ist meine erste Einwohnerratssitzung, welche ich führen darf. Es fehlt mir die Routine und ich bitte um Verständnis, wenn nicht alles reibungslos läuft. Ich habe eine kompetente Unterstützung von Gemeindegeschreiber Toni Meier neben mir. Ich gebe mein Bestens und bin überzeugt, dass wir den heutigen Abend gut über die Bühne bringen werden.

Während der Umfrage der letzten Einwohnerratssitzung wurde Unmutsäusserung angebracht, dass die Einwohnerratssitzung schon wieder bis 23.30 Uhr dauerte. Diese lange Sitzungsdauer resultiert aufgrund mangelnder Disziplin hier im Einwohnerrat. Ich weise aus diesem Grund auf § 19 des Geschäftsreglementes hin und bitte Euch, dies zu Herzen zu nehmen. Ich zitiere: „Die Räte sind gehalten, sich kurz zu fassen, zur Sache zu sprechen und Wiederholungen zu vermeiden. Sie sprechen in der Regel stehend vom Platz aus.“ Wir sind sicher alle froh, wenn die Sitzung nicht bis 23.30 Uhr dauert.

Es haben sich folgende Ratsmitglieder für die heutige Einwohnerratssitzung entschuldigt: Ursula Haag, Denise Hunziker und Daniel Meier. Es sind somit 36 vereidigte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

1 2016.27 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Christian Keller: Zum **Formellen:** Nach unbenutzten Ablauf der Referendumsfrist sind am 11. Juli 2016 folgende, dem fakultativen Referendum unterstellten Beschlüsse des Einwohnerrates vom 2. Juni 2016 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Rechnung 2015; Genehmigung Rechenschaftsbericht 2015; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 27'600 für IT-Vorgehenskonzept Schule Obersiggenthal; Genehmigung Verpflichtungskredite a) von CHF 48'000 für den Ersatz bestehende Storage, b) von CHF 21'00 für den Ersatz der Switches; Genehmigung Verpflichtungskredite a) von CHF 16'000 für Erschliessung Techn. Zentrum mit LWL, b) von CHF 35'600 für die Erschliessung Gebäude Gemeindegemeinschaftssaal mit LWL; Genehmigung Verpflichtungskredit von CHF 26'800 für die Sanierung des Spiel- und Begegnungsplatzes Nüechthal; Ermächtigung an den Gemeinderat zum Verkauf der Parzelle 61, Markthof Schild Ost; Genehmigungen der Kreditabrechnungen: Ersatz Lichtsteuerung Gemeindegemeinschaftssaal; Sanierung Tobelstrasse (Strassenbau, Wasserversorgung und Kanalisation); Spiel und Begegnungsplatz Grütt und Bachmatt.

Christian Keller: Wie ich bereits zu Beginn erwähnt habe, hat Christa Ochsner ihren Rücktritt eingereicht (ihr Rücktrittsschreiben wird vorgelesen). Aufgrund dieser Situation schlage ich vor, dass die Traktandenliste um ein weiteres Traktandum ergänzt wird mit der Inpflichtnahme von Mimoza Sejdini.

Zu den **Mitteilungen:** **Dieter Marlin, Gemeindeammann:** Als erstes möchte ich Ihnen mitteilen, dass eine Petition eingereicht wurde, welche die Ludothek initialisierte. Insgesamt haben 307 Personen die Petition unterzeichnet, davon sind 51 Lehrpersonen aus Obersiggenthal, 204 Einwohnerinnen und Einwohner von Obersiggenthal und 52 Unterschriften von Leuten aus anderen Gemeinden. Im Weiteren möchte ich Sie über drei aktuelle Themen informieren. Im Zusammenhang mit dem Erscheinungsbild Landstrasse können Sie sich an den 25. Juni 2015 erinnern. Der Einwohnerrat hat einstimmig den Kreditantrag für die Erarbeitung eines kommunalen Richtplanes „Erscheinungsbild Landstrasse“ zugestimmt. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat die Zusammensetzung des breit abgestützten Begleitgremiums verabschiedet. Es wurde ein Modell der Landstrasse in Auftrag gegeben. Das Programm für die Entwicklungsstudien (Phasen 1 und 2) und kommunaler Richtplan (Phase 3) wurde verabschiedet. Es wurden drei interdisziplinäre Planer Teams für die Entwicklungsstudie Phase 1 beauftragt. Das Begleitgremium besteht aus Vertretern der Gemeinde (GR, Verwaltung/OBK/PLAKO/VEKO), Vertreter vom Kanton mit Kreisplaner, Siedlung- und Freiraumentwicklung, Tiefbau und Verkehr, Fachexperten aus Landschaftsarchitektur, Städtebau, Soziologie- und Immobilienstrategen. Der Planungsprozess wird auf einer Folie dargestellt. Es gibt 3 Phasen, welche jetzt ablaufen werden. Die Phase 1 ist die Entwicklungsstudie selber. Das wird von allen drei Planer-Teams

bearbeitet. Auf der Landkarte ist die Phase 1 in der Mitte eingezeichnet. In der Phase 1 muss ein Entscheid gefällt werden, welche zwei drei Planungsteams weiterarbeiten. Diese werden dann in der Phase 2 weiter mit den beiden äusseren Teilen arbeiten. In der Phase 3 wird das verbleibende Planungsteam mit der Erarbeitung des kommunalen Richtplanes beauftragt, welcher als behördenverbindliche Planungsgrundlage dienen soll. Es ist geplant, dass der Einwohnerrat sowie der Gemeinderat über jede Phase informiert und miteinbezogen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich Euch den Termin für den Zwischenbericht für Gemeinderat und Einwohnerrat bekannt geben: Montag, 19. Dezember 2016, 19.00 Uhr, im Foyer Gemeindesaal.

Ich informiere über die beiden Planungsobjekte, welche zurzeit gross in den Medien aufgeführt werden. Sie wurden deshalb heute mit einem Blatt bedient, welches das Instrument Gestaltungsplan detailliert erläutert. Sie können sich selber ein Bild machen, was zu einem Gestaltungsplan gehört. Ich möchte erwähnen, dass es sich um hochkomplexe baufachliche und raumplanerische Fragenstellungen und Beantwortungen handelt. Ein Gestaltungsplan ist eine sehr komplexe Angelegenheit, welche insbesondere durch textliche Argumentationen begründet werden muss.

Einige Bemerkungen zur Entwicklung Oederlin-Areal. Die Gemeinde und der Kanton haben sich mit der Entwicklungsträgerin auf eine 6 Punkte-Vereinbarung für das Baufeld A1 (Grundlage für den Projektwettbewerb mit dem Siegerprojekt Zackenbarsch) geeinigt. Parallel dazu hat die Entwicklungsträgerin einen Projektwettbewerb durchgeführt. Sie erinnern sich, dass die Anpassung der BNO im Oederlin-Areal ausgespart wurde. Als Drittes findet auch dort eine Gestaltungsplanung statt und zwar über das Ganze bebaubare Oederlin-Areal, nicht nur über das Baufeld A1 mit dem Zackenbarsch. Im letzten Jahr hat die Entwicklungsträgerin die Entwürfe der BNO und Gestaltungsplan zur Vorprüfung eingereicht. Der Gemeinderat hat den gemeinderätlichen Fachkommissionen und Baden Regio den Auftrag erteilt, die Unterlagen zu prüfen und zu beurteilen. Es erfolgte auch ein Mitwirkungsverfahren von verschiedenen Parteien. Seit Anfang Jahr liegen die Resultate der Vorprüfung durch den Kanton vor. Diese Punkte wurden mit der Entwicklungsträgerin besprochen und diese wurden seitens Oederlin akzeptiert. Es könnte eigentlich weitergearbeitet werden. Nach Überarbeitung der Punkte gibt es eine neue Ausgangslage zur Neubeurteilung. Das wäre von der Logik her gesehen ganz einfach. Die Entwicklungsträgerin steht dem Bericht der Ortsbildkommission negativ gegenüber. Die Ortsbildkommission ist sicher die prädestinierteste Kommission, welche ein breites Spektrum und auch relativ viele Fragen gefunden hat, welche seitens der Entwicklungsträgerin noch nicht beantwortet werden konnten. Der Gemeinderat versucht, zusammen mit der Ortsbildkommission eine einvernehmliche Lösung mit der Entwicklungsträgerin zu finden, damit im Oederlin-Areal weitergemacht werden kann.

Zur Entwicklung Schild-Ost einige Informationen. Die neue BNO ermöglicht in Zentrumszone zusätzliche Nutzungsmöglichkeiten. Gestützt auf einen Wettbewerb und Gestaltungsplan sind eine Ausnützungsziffer bis 1.8 sowie eine Fassadenhöhe bis 40 m im Markthof zulässig. Es erfolgt keine Mehrwertabschöpfung durch die Gemeinde bei aufgezonten Feldern. Mit Mehrwertabschöpfung haben nur diejenigen zu rechnen, welche eine Umzonung erfahren haben wie z.B. Häfelerhau. Da wurde eine Gärtnereizone in eine Bauzone umgewandelt. Ein Nutzen im Schild Ost oder auch im Oederlin-Areal hat eigentlich nur der Entwicklungsträger. Die Gemeinde profitiert nicht davon. Aktuell kann man sagen, dass Ende 2015 ein erster Gestaltungsplanentwurf zurückgewiesen wurde. Der Gestaltungsplan hat die Anforderungen nicht erfüllt. Wir haben festgestellt, dass der Entwicklungsträger das Gefühl hatte, ein privater Gestaltungsplan wäre Privatsache und niemand habe etwas dazu zu sagen. Das ist insofern irreführend, als ein Gestaltungsplan in jedem Fall eine öffentlich-rechtliche Planung der Gemeinde ist. Auch bei privaten Entwürfen ist der Gemeinderat nicht bloss Bewilligungsbehörde (wie bei einem Baugesuch), sondern die erlassende und damit für die Planung verantwortliche Stelle. Der Gemeinderat verfolgt nicht die Absicht, Entwicklungsträger zu behindern, im Gegenteil, wir sind bestrebt, dass z.B. im Markthof oder im Oederlin-Areal eine Überbauung kommen kann. Am 25. Juli 2016 musste mit einem Protokollauszug des Gemeinderates ein zweiter Ge-

staltungsplanentwurf zurückgewiesen werden und dies nachdem zwei Workshops durchgeführt wurden nach der ersten Rückweisung des Gestaltungsplanentwurfes. Zusätzlich wurden 3 Fachexperten seitens der Gemeinde beigelegt. Das Spezielle am Thema Markthof ist folgendes: der Entwicklungsträger hatte das Gefühl, er erarbeite zuerst ein Gestaltungsplan und anschliessend wird erst ein Wettbewerb durchgeführt. Das ist eigentlich nicht unbedingt üblich, in Fachkreisen wie beim Kanton und Gemeinde ist es eigentlich umgekehrt. Herr Hurter hat seine Drohungen in der Aargauer Zeitung kundgetan mit einem vorläufigen Verzicht auf eine Entwicklung des Markthof Schild-Ost-Areals. Zudem hat er zwei Mitarbeitende der Gemeinde, eine davon bin ich, an deren Privatadresse je eine Rechnung über CHF 250'000 zugestellt, zahlbar innert 10 Tagen. Das Betreibungsbegehren liegt auch bereits vor. Der Gemeinderat sowie die Betreibenden vom Markthof sind der Meinung, dass beim Markthof, welcher mittlerweile 43 alt ist, dringend Handlungsbedarf bestehe. Sollte der Markthof ein attraktives Einkaufsziel bleiben, dann muss langsam aber sicher etwas passieren. Es gibt auch Grossverteiler, welche in Obersiggenthal Ausbaupotenzial sehen. Der Gemeinderat bleibt mit Herr Hurter selbstverständlich in Verbindung. Mit den Eigentümern und Betreibern wird das Gespräch gesucht um Meinungen, Interessen und Möglichkeiten zu einer Gesamtentwicklung Markthof einzuholen. Dazu müssen wir kompetent vorgehen und es wird nicht ohne Beizug externer Berater möglich sein.

Franziska Grab, Vizeammann: Sie haben sicher mitbekommen, dass ein massiver Wasserleitungsbruch an der Wiedackerstrasse in Kirchdorf stattgefunden hat. Das ist die Haupttransportleitung zum Reservoir Kirchdorf. Dieser Bruch führte dazu, dass innerhalb weniger Minuten einige 1000 m³-Liter Wasser in verschiedene Keller ausgeflossen sind. Die Feuerwehr half mit, das Wasser auszupumpen und den Verkehr zu regulieren. Wir hatten vor 2 ½ Jahren an der gleichen Stelle einen gleichen Bruch. Das hat die Versicherung CHF 100'000 gekostet. Wir mussten vor Ort entscheiden, dass die ganze Wasserleitung neu realisiert werden muss. Wir sprechen hier von CHF 200'000, welche auf Kosten Wasserversorgung jetzt umgesetzt werden. Die Versicherung sagt ein drittes Mal sicher nicht mehr ja zu einem weiteren Schaden. Auch mit diesem Fall werden wir wohl auf diesem Kostenniveau verhandeln. Die Leitung war 110 Jahre alt und die Baustelle sollte bis Ende Herbstferien beendet sein. Die Landstrasse war bis Ende Sommerferien betroffen.

Seit Montag ist der Schrägerweg geschlossen. Zuerst haben wir nur eine Absperrung montiert. Doch wir mussten feststellen, dass Fussgänger und Velofahrer den Weg trotzdem benutzten. Das führte dazu, dass Sicherheitsgitter montiert wurden. Dies zur Sicherheit jedes Einzelnen, und dass der Weg nicht benutzbar ist. Die Baustelle dauert bis Mitte Dezember und dann sollte der Weg wieder offen sein. Die Treppe lassen wir offen auf eigene Gefahr von jedem Einzelnen. Sie ist in einem schlechten Zustand.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Am Freitag, 11. November 2016, um 17.00 Uhr, findet – sofern alles klappt und rund läuft mit den Bauarbeiten - die offizielle Schlüsselübergabe vom Goldiland statt. Das ist aber nicht der grosse Tag der offenen Tür. Dieser findet erst nächstes Jahr statt und wird von der Betreiberin organisiert. Es sind dann Kinder im Haus und man will zeigen, wie das Haus lebt.

Wir hätten Ihnen gerne das Postulat von Anna-Katharina Hess unterbreitet. Es geht um die Ausgestaltung vom Tromsberg. Wir hofften, dass das Urteil vom Verwaltungsgericht zum Thema Umgebungsgestaltung im Tromsberg vorliegen würde. Doch der Entscheid liegt noch nicht vor. Ich hoffe, im Oktober 2016 oder Dezember 2016 können wir das Postulat behandeln.

Ein Hauptthema sind unsere Kehrriechtsäcke. Es ist ein Ärgernis und nun haben wir noch eine Sendung mit Fabrikationsfehlern erhalten. Es gilt nach wie vor, wer einen defekten Kehrriechtsack oder eine defekte Rolle besitzt, kann diese bei der Abteilung Bau und Planung umtauschen. Wir brauchen ab Dezember neue Säcke. Wir haben die Wünsche aus der Bevölkerung zur Kenntnis genommen. Wir wissen, dass das Bandeau stärker sein muss. Über den Wunsch der Blickdichtheit lässt sich diskutieren. Wenn ein Kehrriechtsack blickdicht sein muss, muss mehr

Kunststoff verwendet werden und dies ist nicht mehr Recycling-Material. Es ist nicht sinnvoll, viel Kunststoff zu verwenden um nur verbrannt zu werden. Zuerst verwenden wir unsere Vorräte und dann entscheiden wir über weitere Anschaffungen. Wir bitten um Verständnis.

Walter Vega, Gemeinderat: An der letzten Einwohnerratssitzung war IT ein grosses Thema. Eines davon war die Anbindung des Gemeindegemeinschafts und Betriebsamts mit dem Hauptgebäude mit Lichtwellenleiter. Sie können sich sicher an die Fotos erinnern mit den schockierenden Bildern der damaligen Montage. Zwischenzeitlich wurde alles erledigt und perfekt installiert. Es liegen keine Kabel frei herum. Ich konnte mich unter der Führung unserer IT-Verantwortlichen selber davon vor Ort überzeugen. Ich möchte mich an dieser Stelle beim Einwohnerrat für die Kreditsprechung bedanken. Was auch bereits umgesetzt wurde ist die Anbindung vom Goldiland mit einem Lichtwellenleiter von der Sporthalle her.

Christian Keller: Neueingänge: Es liegen keine Neueingänge vor.

Zum Protokoll: Das Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 2. Juni 2016 wurde Ihnen zugestellt. Innerhalb der ordentlichen Frist von 10 Tagen sind keine schriftlichen Änderungswünsche oder Ergänzungsanträge eingereicht worden. Somit gilt das Protokoll als genehmigt.

2 2016.42 Inpflichtnahme Mimoza Sejдини, CVP, anstelle von Christa Ochsner

Christian Keller: Es folgt die Inpflichtnahme von Mimoza Sejдини. Die Inpflichtnahme erfolgt gemäss Artikel 1 Absatz 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates Obersiggenthal.

Mimoza Sejдини: Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates die Wohlfahrt der Gemeinde Obersiggenthal zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Christian Keller: Ich begrüsse Sie im Einwohnerrat Obersiggenthal und wünsche Ihnen viel Spass beim Politisieren. Somit sind zurzeit 37 vereidigte Einwohnerräte anwesend. Das absolute Mehr beträgt 19.

3 2016.09 Vertrag Holzschnitzelheizung / Genehmigung der überarbeiteten Version

Eintreten wird nicht bestritten.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Der Einwohnerrat hat am 17. März 2016 dem Verpflichtungskredit von CHF 423'900 für die Sanierung der Haustechnik in der Sporthalle zugestimmt. An der gleichen Sitzung hat der Gemeinderat den Wärmeenergieliefervertrag aufgrund verschiedener Vorbehalte zur Überarbeitung zurückgezogen. In der Zwischenzeit wurde der Vertrag überarbeitet. Die meisten Punkte aus den Voten des Einwohnerrats konnten integriert werden. Der Vertrag wurde durch einen Juristen geprüft. Der Gemeinderat möchte beliebt machen, dem Vertrag heute die Zustimmung zu erteilen.

Christian Bossard: Unsere Fraktion FDP kann diesem Vertrag grundsätzlich zustimmen. Wir sind sehr froh darüber, dass wir für die Wärmeversorgung der gemeindeeigenen Anlagen jetzt eine langfristige und nachhaltige Lösung gefunden haben. Ein kleiner Vorbehalt möchten wir anbringen. Leider ist weder aus der Vorlage noch aus dem Vertrag ersichtlich, wieviel uns die ganze Sache jedes Jahr kosten wird. Wir verpflichten uns mit diesem Vertrag für 20 Jahre. Wieviel es effektiv kostet, ob CH 20'000, CH 40'000 oder CH 60'000 sehen wir nicht. Wir wünschen uns, dass in zukünftigen Vorlagen Kosten erwähnt werden.

Marco Küng: Die SVP-Fraktion hat die Unterlagen studiert. Unseres Erachtens sind die nötigen Bedingungen zum Wärmeliefervertrag beinhaltet und wir stimmen dem Geschäft einstimmig zu.

Volkmar Hauelsen: Die Fraktion CVP/BDP hat die Überarbeitung des vorliegenden Vertrages sehr geschätzt. Sie ist auf grosse Zustimmung gestossen. Wir führten dennoch eine ausgiebige Diskussion und haben gewisse offene Fragen, welche sich auf die Hauptpunkte wie Konventionalstrafe, Haftung und die Preisgestaltung beziehen, die ab 2030 Fuss fassen werden. Dannzumal läuft der Vertrag mit der Fernwärme Siggenthal aus. Somit ist die Preisbindung an die Fernwärmelieferung Siggenthal nicht mehr gegeben. Die Frage stellt sich, was passiert dann. Letztlich hat die Diskussion dazu geführt, dass man diese Fragen aus unserer Sicht schlussendlich nicht beantworten kann, insbesondere was ab 2030 bis 2037 passieren wird. Da gibt es sehr viele Szenarien, welche heute gar noch nicht festgelegt werden kann. Deshalb sind wir am Schluss trotz offener Fragen generell zur Überzeugung gekommen, dass der vorliegende Vertrag eine gute Sache ist. Wir werden dem Vertrag entsprechend zustimmen.

Theo Flückiger: Die SP/Grünen unterstützen dieses Geschäft. Es wurde alles bereits von den Vorrednern gesagt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: In Bezug auf die Kosten möchte ich in Erinnerung rufen, dass am 17. März 2016 anlässlich der Sitzung eine Tabelle vorgelegt wurde. Es ging darum, dass die Kosten in etwa gleich sein werden wie mit der Fernwärme und nicht höher. Das war ein Antrag vom Forstbetrieb Siggenberg, dass eine Gelegenheit bestehe, ein günstigeres Angebot zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang wurde über die Kosten diskutiert. Es ist natürlich so, dass es sich um keinen Fixpreis handelt. Der Preis ist witterungsabhängig.

Erich Schmid: In Art. 6 sind bei den Lieferanten wie auch auf der Kundenseite die MSR-Komponenten aufgeführt. Das gleiche mit den Heizungsreglern. Eines ist Hardware und eines ist die Software. Müsste da bei den MSR-Komponenten entsprechend etwas ergänzt werden? Volkmar Hauelsen hat bereits erwähnt, in Art. 8 sind Haftungs- und Schadenersatzansprüche eingeschlossen, welche durch den Lieferanten beeinflussbar sind. Wieso ist das so? Ein Jurist hat diesen Vertrag geprüft mit einer langen Liste von Ausschlüssen von Haftungs- und Schadenersatzansprüchen. Wie schon gesagt, es gibt sogenannte nicht beeinflussbare Einflüsse und es gibt solche, durch den Lieferanten massiv beeinflussbar sind. Da habe ich etwas Mühe und verstehe den Grund nicht, wieso man den Vertragstext so formulierte. In Art. 8 und 9 wurden die Vorlaufzeiten für Arbeiten in der Heizung oder in der Haustechnik mit 3 Tagen festgelegt. Ich verstehe das. Doch was passiert, wenn etwas Unvorhergesehenes passiert und einen kurzen Vorlauf braucht. Da finde ich, dass für die geplanten Arbeiten und Anpassungen mit einem Vorlauf von 3 Tagen kurz ist. In Art. 17 wird die Konventionalstrafe definiert. In dem Vertrag vom März 2016 wurden 5 Jahresgrundpreise enthalten. Heute sind nur noch 3 Jahresgrundpreise enthalten. Wieso wurde reduziert?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Die erste Frage habe ich nicht richtig verstanden.

Erich Schmid: In Art. 6 sind Leistungen aufgeführt beim Lieferanten und beim Kunden wie folgt: „Verkabelung der vom Lieferanten gelieferten und installierten MSR-Komponenten“. Bei einem anderen Punkt steht auf beiden Seiten, also beim Lieferant und beim Kunden, das gleiche. Doch am Schluss steht in Klammer Signalverarbeiter resp. Signalgeber. Ich bin der Meinung, dass bei den MSR-Komponenten eine Ergänzung fehlt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Diese Frage kann ich nicht beantworten.

Theo Flückiger: Ich bin mir nicht ganz sicher, doch ich denke, es ist eine Frage der Schnittstelle. Die Komponenten gehören einerseits vor und andererseits nach der Schnittstelle dem Lieferanten oder dem Kunden.

Erich Schmid: Es spielt keine Rolle, wo die Schnittstelle liegt. Sie muss einfach definiert sein. So wie es jetzt formuliert ist, ist die Schnittstelle nicht definiert. Das gefällt mir nicht.

Theo Flückiger: Die Schnittstelle ist definiert, doch es gibt die gleiche Komponente in beiden Teilen. Der eine Teil gehört dem Betreiber und der andere Teil dem Kunden.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir werden diesen Punkt nochmals prüfen. Nun zum Punkt 8 mit den Haftungs- und Schadenersatzansprüche. Da lehnen wir uns an das Geschäftsreglement der Fernwärme an. Darum hat der Jurist auch nicht reagiert. Zu Punkt 9 mit den 3 Tagen. Du findest das zu kurz? Ich kann keine Antwort geben, was üblich ist. Wir werden dies auch prüfen. Im Punkt 17 wollten wir einen konkreten Betrag festlegen. Dieser wurde ausgehandelt.

Erich Schmid: Die Konventionalstrafe mit einem Betrag finde ich grundsätzlich richtig. Es muss sich aber um einen Betrag handeln, der wirklich weh tut. Ich frage mich ob CHF 70'000 wirklich weh tun? Bezüglich der Schadenersatzansprüche halte ich fest, dass ich kein Jurist bin, doch ich unterzeichne zwei bis drei Werkverträge pro Monat und eine solche Formulierung war bis jetzt in keinem Vertrag. Es wird immer klar unterschieden zwischen beeinflussbaren Ereignissen und nicht beeinflussbaren Ereignissen. Das ist für mich Standard. Wie sieht dies der Jurist rechts von meiner Seite? Wenn die Fernwärme dies so handhabt, dann ist das für mich falsch.

Josef Sieber: Als wir das letzte Mal über den Vertrag diskutierten, habe ich erläutert, warum aus Sicht des Umweltschutzes die Schnitzelheizung schlechter ist als Fernwärme. Ich wiederhole mich nicht, es steht im Protokoll. Der nun vorliegende Vertrag hat eine Laufzeit von 20 Jahren. Das ist eine sehr lange Zeit und länger als üblich. Ich finde, es ist schon wichtig, dass ein solcher Vertrag genau und detailliert geprüft wird. Ich finde es speziell, dass die Energie- und Umweltkommission zu diesem Vertrag keine Stellung mehr genommen hat. Das ist wohl nun die Folge davon, dass technische Unklarheiten bestehen wie zum Beispiel die fehlende Definition der Schnittstellen. Das ist in einem Vertrag ein wesentlicher Punkt. Wir haben vorhin gehört, dass die Kosten nirgends aufgeführt wurden. Das finde ich auch ganz speziell. Wir verpflichten uns für 20 Jahre, gemäss diesem Vertrag, zu zahlen. Wenn ich die Zahl aus den Unterlagen vom letzten Mal nehme, eine grobe Schätzung, das ist ja klar, dann verpflichten wir uns, wenn man das hochrechnet, für über CHF 3.5 Mio. Darüber sollte man sprechen. Der Punkt Schaden- und Haftungsansprüche habe ich einige Male durchgelesen und ich habe das wirklich auch nicht verstanden. Ich habe trotzdem weitergelesen und siehe da, in Art. 16 steht genau: „Die Haftung im Zusammenhang mit Lieferunterbrüchen ist unter Punkt VIII geregelt. Im Übrigen richtet sich die Haftung nach OR Art. 58 ff (Werkeigentümerhaftung)“. Dieser Satz ist gut und klar. Liest man diesen Satz zuerst, dann versteht man Art. 8. Ich schlage vor, dass Art. 8 um zwei Worte ergänzt wird: „Die Lieferanten übernehmen bei Lieferunterbrüchen keine Haftungs- und Schadenersatzansprüche“. Dann ist alles klar formuliert. Ich stelle dies als Antrag.

Christian Keller: Ich bitte diesen Antrag schriftlich einzureichen.

Christian Bossard: In der FDP-Fraktion haben wir lange diskutiert. Bei meinem vorherigen Votum habe ich diesen Punkt vergessen. In Punkt 8 steht: „...bei ausserordentlichen Vorkommnissen wie Einwirkungen durch Feuer, Explosion, Störung“. Wir sind der Meinung, dass „Störung“ eigentlich alles bedeutet. Wenn zum Beispiel ein Schalter gedreht wird und dadurch fällt die Steuerung aus, dann ist das auch eine Störung. Wir stellen den Antrag auf Streichung des Wortes Störungen.

Christian Keller: Ich bitte ebenfalls diesen Antrag schriftlich einzureichen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir werden diese beiden Anträge im Vertrag integrieren.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmung

Antrag der CVP: Im Vertrag über Wärmeenergielieferung für den Wärmeverbund Obersiggenthal, wird Art. VIII wie folgt geändert: „Die Lieferanten übernehmen bei Lieferunterbrüchen keine Haftungs- oder Schadenersatzansprüche“.

Dieser Antrag wird mit 30 Ja- zu 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Antrag der FDP: Im Vertrag über Wärmeenergielieferung für den Wärmeverbund Obersiggenthal, wird Art. VIII wie folgt geändert: „- bei ausserordentlichen Vorkommnissen wie Einwirkung durch Feuer und Explosionen“.

Dieser Antrag wird mit 24 Ja- zu 4 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen angenommen.

Antrag des Gemeinderates: Der Einwohnerrat stimmt dem Vertrag mit den Ortsbürgergemeinden Untersiggenthal und Obersiggenthal über die Wärmeenergielieferung an den Wärmeverbund (Sporthalle, Hallen- und Gartenbaden, OSOS, Jugendhaus) zu.

Dieser Antrag wird mit 36 Ja- zu 1 Nein-Stimmen angenommen.

Josef Sieber: Gehe ich richtig mit der Annahme, dass dieser Beschluss dem obligatorischen Referendum unterstellt ist? Es handelt sich um eine Verpflichtung von über CHF 2 Mio.

Anton Meier, Gemeindegemeinschafter: Es würde dem obligatorischen Referendum unterstehen, wenn es sich um eine neue Aufgabe handeln würde mit neuen wiederkehrenden Kosten. Es handelt sich ja nicht um neue Ausgaben, welche der Einwohnerrat beschliesst. Die Ausgaben für die Wärmeenergielieferung hat bis jetzt schon bestanden. Die Wärmeenergielieferung wurde nur neu geregelt. Es würde mich sehr erstaunen, wenn jeder Vertrag, welcher neu geregelt würde, dem obligatorischen Referendum unterstehen würde. Wenn jemand damit nicht einverstanden ist, dann müsste die Person eine Stimmrechtsbeschwerde machen. Dadurch würde noch mehr Zeit verloren gehen. Die Person muss sich nach der Publikation in der Rundschau richten. Aus meiner Interpretation untersteht die Genehmigung des Vertrages nicht mit obligatorischen Referendum.

4 2014.60 Motion FDP zur Schulraumplanung / Verpflichtungskredit von CHF 50'000

Christian Keller: Ich möchte vorausschicken, dass über den Metron-Bericht keine Abstimmung stattfindet. Der Bericht wurde an der Informationsveranstaltung vom 4. Juni 2016 vorgestellt. Es sind in der Folge auch keine Fragen an den Gemeinderat gerichtet worden. Änderungsanträge kann nur der Motionär stellen. Der Einwohnerrat kann den Bericht einfach zur Kenntnis nehmen. Bruno Glettig, Gesamtschulleiter, ist als Gast anwesend. Er kann bei Bedarf Fragen beantworten.

Eintreten wird nicht bestritten

Patrick Hehli: Ich habe den Hinweis betreffend Fragen an den Gemeinderat nicht verstanden. Man kann heute keine Fragen an den Gemeinderat stellen?

Christian Keller: Fragen kann man immer stellen. Doch zum Metron-Bericht sind keine Fragen an den Gemeinderat eingereicht worden.

Patrick Hehli: Doch heute kann man Fragen zu dieser Vorlage stellen?

Christian Keller: Ja, Die Vorlage wird ja diskutiert. Zum Metron-Bericht kann man keine substantiellen Änderungsanträge stellen. Das Vorgehen sieht folgendermassen aus: zuerst geht das Wort an den Gemeinderat, dann geht das Wort an den Motionär. Anschliessend folgen die Fraktionsvoten und am Schluss die verschiedenen Stellungnahmen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Am 4. Juni 2016 hat hier eine Informationsveranstaltung stattgefunden. Ich möchte mich an dieser Stelle nochmals bei Ihnen bedanken, dass Sie so zahlreich daran teilgenommen haben. Die Stellungnahme zur Motion lehnt sich an die Informationen an, welche wir Ihnen vermittelt haben. Ich beziehe mich auf die letzte Seite der Unterlagen zum Traktandum 4, welche die aktuellsten Zahlen in Bezug auf die Schülerentwicklung aufzeigt, datiert vom 20. Juni 2016. In der letzten Woche haben wir weitere Entwicklungszahlen erhalten, doch diese haben in Bezug auf die Räumlichkeiten und Bedürfnisse, welche hier aufgeführt sind, keinen Einfluss. Wir sehen hier den Bedarf an Provisorien. Wir haben im nächsten Jahr das Provisorium Kindergarten. Im übernächsten Jahr die zwei Räumlichkeiten unterhalb der reformierten Kirche. Aus heutiger Sicht ab 2021/22 braucht es voraussichtlich weitere zwei Provisorien plus allenfalls zwei Fachräume. Das Ziel ist, wie wir dargelegt haben, dass wir im Jahr 2023/24 eine erste Etappe Schulhaus in Angriff nehmen können. Ich möchte darauf hinweisen, dass im Jahr 2019 eine Neubeurteilung erfolgen wird im Hinblick auf die Entwicklung der Schülerzahlen, auf die Bedürfnisse der Schule und auch im Hinblick auf die dannzumalige Finanzlage. Aufgrund der Resultate kann über weitere Massnahmen entschieden werden.

Christian Bossard: Eigentlich hat der Bericht erfüllt, was die Motion verlangt hat. Wir haben damals im Dezember den Projektierungskredit für die Schulanlage Kirchdorf zurückgewiesen, u.a. mit dem Hinweis, dass genauere Informationen abgegeben werden. Die Schulraumplanung ist immer eine Glaskugel. Diese wurde jetzt qualifiziert. Für mich ist sehr interessant, dass in einigen Jahren eine Neubeurteilung erfolgen wird. Grundsätzlich ist meine Motion, wie ich sie damals stellte, erhört worden. Es liegt nun ein sehr interessantes Papier vor. Es ist eine Zukunftsprognose und wir sind alle über die Weiterentwicklung gespannt.

Ferdinand Senn: Die beiden Parteien CVP und BDP haben an ihrer Faktionssitzung das Geschäft tiefgründig diskutiert. Der Schlussbericht der Schulraumplanung wird gewürdigt und als sehr sorgfältig und grundlagenbildend für zukünftige Investitionen zur Kenntnis genommen. Der Aufbau mit der vorausgegangenen Informationsveranstaltung und die darin klar strategischen Ansätze und der klaren formalen Strukturen zeigt, dass dies für den Gemeinderat von grosser Bedeutung ist. Dafür darf man dem Gemeinderat ein Kränzchen winden. Von grosser Bedeutung ist auch, dass die Schülerzahlen kontinuierlich in den zukünftigen Entscheid einfließen können, was auch für die Planung und die finanziellen Möglichkeiten Einfluss hat. Sicher darf man die Bildung für die Zukunft nicht vernachlässigen, denn sie ist für uns ein kostbares Gut. Die Bildung soll man stärken, um auch die Standortqualität für unsere Gemeinde in der Zukunft zu unterstützen und zu fördern. Die CVP/BDP-Fraktionen empfiehlt einstimmig den Schlussbericht Schulraumplanung zu genehmigen.

Eugen Paul Franz: Die SVP-Fraktion hat über den Bericht zur Schulraumplanung beraten und somit auch zur Kenntnis genommen. An dieser Stelle möchten wir der Schulpflege und dem Gemeinderat nochmals für die durchgeführte Organisationsveranstaltung danken. Der Anlass war sehr informativ und es konnten einige Fragen geklärt werden. Anhand der vorliegenden Zahlen ist erkennbar, dass wir in nächster Zeit deutlich mehr Schulraum benötigen und wahrscheinlich einen Schulhausneubau erstellen müssen. Wie ein Neubau von der SVP beurteilt wird, so sieht es die SVP gleich wie es aus dem Bericht hervorgeht, dass das Goldiland wohl der geeignetste Standort sein wird. So könnten die verschiedenen Infrastrukturen vom OSOS wie auch die Sporthalle und Schwimmbad mitgenutzt werden bzw. sind relativ gut erreichbar. Dass der benötigte Schulraum in einer ersten Phase mit Provisorien geschaffen werden soll, begrüßen wir. Bei der aktuellen Finanzlage ist das sicher der richtige Weg. Bevor im 2019/2020

die nächsten Schritte getätigt werden, erwarten wir vom Gemeinderat und der Schulpflege, dass die Zahlen ein weiteres Mal überprüft und die Lage neu beurteilt werden. Wir wissen, die Zahlen sind immer nur Momentaufnahmen und Zukunftsprognosen sind nicht mehr als Kaffeesatz-Lesen. Glauben wir den Meldungen aus den Medien, dann muss das Bevölkerungswachstum in Obersiggenthal sowieso neu beurteilt werden. Es hat dann sicher auch Auswirkungen auf die Schülerzahlen. Hat man mit den Landeigentümern vom Goldiland Kontakt aufgenommen oder Sondierungsgespräche geführt? Oder wissen diese Leute nur aus dem Bericht resp. aus den Medien, dass auf ihrem Grundstück ein Schulhaus geplant wird?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir haben Gespräche geführt. Mit einer Partei wurden bereits konkrete Gespräche geführt. Die andere Partei hat auch davon Kenntnis, dass ihre Parzelle in der öffentlichen Zone liegt. Verhandlungen wurden keine geführt.

Erich Schmid: In der Vorlage des Gemeinderates sowie im Metron-Bericht steht, Fachräume sind naturwissenschaftliche Fachräume, welche zusätzlich benötigt werden. Es gibt ja noch diverse andere Fachräume. Ich gehe davon aus, dass dies überprüft wurde betreffend Anzahl und Grösse. Es fehlt eine spezielle Erwähnung. Dies als Hinweis, dass es nicht vergessen geht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Hier sprechen wir nur von Abteilungen. Die Fachräume in den Provisorien sind nur dort erwähnt. Normalerweise ist es so, dass von Abteilungen gesprochen wird. Setzt die Schulraumplanung effektiv ein, dann werden auch die Nebenräume, die Fachräume zusätzlich eingeplant. Die werden dann bei Gruppenraumbedürfnissen dazugerechnet; je nachdem braucht es auch Fachräume für technisches Werken usw. Darüber wird insbesondere in der Primarschulstufe gesprochen. Bei den aufgezeigten Kosten für das Schulhaus mit 4 Primarklassen, in einer ersten Etappe mit CHF 7.5 Mio. geplant, waren die Fachräume enthalten.

Erich Schmid: Heisst das, wir brauchen keine naturwissenschaftlichen Fachräume, sondern Fachräume zum Werken, Zeichnen, Musik etc. welche zusätzlich gebaut werden müssten?

Patrick Hehli: Was würde passieren, wenn man dem Richtplan oder Vorschlag, dieser ist ja nicht gesetzlich verankert, keine Folge leisten würde? Welches wären die Konsequenzen für unsere Gemeinde? Wir lesen ja immer von diesem Richtplan. Diese Woche konnte man aus dem Grossen Rat vernehmen, dass die Schülerzahlen in den Primarschulklassen von bisher 12 auf neu 15 Schülerinnen und Schüler festgelegt wurden. Welchen Einfluss hat diese Änderung auf unsere Gemeinde betreffend Schulraumplanung? Ich habe meine dritte Frage bereits im Rahmen der Informationsveranstaltung gestellt. Dem Bericht stehe ich skeptisch gegenüber. In der ref. Kirche werden Einschulungsklassenkinder eingeschult. Ob alles reibungslos funktionieren wird? Ich selber hatte ein Kind in der Einschulungsklasse. Wir können ehrlich und offen darüber kommunizieren, dass grossmehrheitlich in den Einschulungsklassen neben einigen wenigen Schweizern sehr viele Kinder mit Migrationshintergrund eingeschult werden. Ich zweifle nach wie vor daran, auch bei Betrachtung des Weltgeschehens, dass alles reibungslos von statten gehen wird, wenn ein Kind anderen Glaubens in einem westlichen Glaubenshaus unterrichtet wird. Geschätzter Einwohnerrat und Gemeinderat, ich frage Sie, würde es Ihnen gefallen, wenn Sie als Lehrer in einem Keller mit schwachem Tageslicht unterrichten müssen? Ich finde es blauäugig - das ist meine persönliche Meinung - und auch mutlos vom Gremium, welches die Schulraumplanung vorantreibt, dass hier nicht jetzt schon wegweisende Massnahmen eingeleitet werden mit allenfalls einem grösseren Provisorium mit Aufstockung anstelle der Lösung mit der reformierten Kirche zu bevorzugen.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Bei Deiner ersten Frage gehe ich davon aus, dass Du die Gruppenräume meinst. Es ist richtig, die Vorschläge des Kantons sind nicht gesetzliche Vorschriften. Wir haben aber auch bei unserer Planung nach Prüfung von anderen Schulhäusern festgestellt, dass eigentlich weniger Gruppenräume benötigt werden. Wir haben deshalb bei uns weniger Gruppenräume adaptiert als ursprünglich im 2013 geplant. Wie gestern aus dem

Radio vernommen wurde, hat der Grosse Rat betreffend Festlegung der Schülerzahlen entschieden. Sie sehen in der Vorlage auf Seite 6, dass der Anteil Schüler Primarschule bereits mit 15 Schüler enthalten ist. Diese Entscheidung hat also keinen Einfluss auf die anderen vorliegenden Zahlen. Es handelt sich hier um minimale Zahlen. Zur reformierten Kirche folgende Anmerkung: Ich erinnere daran, dass der Kindergarten Oberwies ebenfalls in diesem Gebäude integriert ist. Die jetzt zur Verfügung stehenden Räume liegen tatsächlich im Parterre. Im Kindergarten Oberwies hat es vor allem ausländische Kinder. Wie ich informiert bin, wurde seitens der Schule noch nie erwähnt, dass sich Eltern wegen dem Gebäude gemeldet und Probleme geäussert haben, ihr Kind in Räumlichkeiten der reformierten Kirche zu schicken. Die zur Verfügung stehenden Räume sind Gesellschaftsräume und haben mit der Kirche nichts zu tun. Der Eingang ist nicht bei der Kirche, sondern es besteht ein separater Eingang. Die Schule selber hat die Räumlichkeiten mit den entsprechenden Lehrkräften begutachtet.

Bruno Glettig: Die Schulleitung hat die Räumlichkeiten vor Ort besucht ohne Lehrkräfte. Wir halten fest, dass wir lieber diese Räume nutzen können als gar keine.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Patrick Du hast die Entscheide des Gremiums Schulraumplanung als mutlos bezeichnet. Ich entgegne klar: wir müssen uns nach der Decke strecken. Die Räume sind kostengünstiger als ein Provisorium. Wir sind der Meinung und das war auch ein Wunsch vom Einwohnerrat, dass das vorhandene Potenzial zu nutzen sei. Wir haben auch das Strübelihuus und den Kirchweg 2 geprüft und nach Möglichkeiten gesucht. Bei der Kirche sind wir am Schluss fündig geworden und wir sind der Meinung, dass diese für die Einschulungsklasse passt. Die Schulleitung hat dies beurteilt.

Marion Möllerke: Einige von Ihnen wissen, dass meine Mutter in Obersiggenthal Kindergärtnerin war. Sie hatte damals im Unterboden, unten im Keller, Kindergarten unterrichtet. Ich weiss von vielen Personen, welche dort den Kindergarten besuchten, dass sie eine wunderbare Kindergartenzeit erleben durften. Ich weiss nicht, ob dies nur wegen den Räumlichkeiten so war.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgende Beschlüsse zu fassen:

- 1 Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Schlussbericht „Schulraumplanung Obersiggenthal“ vom 3. Mai 2016 sowie von dem vom Gemeinderat vorgeschlagenen Vorgehen.**
- 2 Die Motion wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.**

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

5 2016.28 Verpflichtungskredit von CHF 780'000 für die Erstellung eines Kindergartenprovisoriums auf dem Gelände des Oberstufenschulzentrums (OSOS)

Eintreten wird nicht bestritten.

Patrick Hehli: Bereits im Jahr 2013 konnte man aus dem 1. Metronbericht in Erfahrung bringen, dass über kurz oder lang eine Lösung für den Schulstandort Kirchdorf gesucht werden muss. Die Auflistung der Fakten haben sich mit dem 2. Bericht 2016 bestätigt, ja sogar noch verschärft. Mit der Informationsveranstaltung vom 4. Juni 2016 über die Schulraumplanung hatten wir von der SVP ein gutes Gefühl und meinten uns in Sicherheit, dass der Gemeinderat die Anliegen des Einwohnerrates verstanden hat. Da wurde zum Beispiel klar geäussert, dass man sich dann bei Investitionen nicht zeitlich unter Druck setzen lassen möchte. Ich zitiere aus dem

Protokoll vom 2. Juni 2015: „Erich Schmid: Ich weise bereits heute darauf hin, sollte im September betr. Schulraumplanung über gewisse Massnahmen abgestimmt werden, dass ich dann nicht hören will, dass wir das so oder so umsetzen müssen wegen Terminproblemen“. Nun, als man die Fraktionsmeinungen in der Zeitung lesen konnte, waren wir über die wenig kritischen Worte der anderen schon ein wenig erstaunt.

Ich möchte nicht mehr auf die Schulraumplanung eingehen, denn diese wurde vorhin bereits behandelt und abgeschlossen, auch für die SVP mit allem wenn und Aber. Auch die Notwendigkeit der Schulraumprovisorien steht für uns ausser Frage.

Für uns ist die Vorlage ganz klar enttäuschend, denn es stehen noch so viele Unklarheiten im Raum. Wir hätten uns gewünscht, dass man sich mehr kritisch zu offenen Punkten äussert und nicht einfach $\frac{3}{4}$ der Vorlage eine Abschrift des Metronberichtes präsentiert. Diesen haben wir im vorherigen Traktandum behandelt. Wir vermissen hier den Mut des Gemeinderates, eine Entscheidung zu treffen und eine klare Fahrtrichtung. Kaufen, Mieten, Neu oder gar Occasion, nichts ist im Moment klar. Die Begründung, aus Zeitmangel konnte noch keine neuere Offerte präsentiert werden, enttäuscht uns. Wie gesagt, seit Mai 2016 haben wir diesen Bericht auf dem Tisch mit der Tatsache, dass ein Schulraumprovisorium, in welcher Form auch immer, notwendig ist. Auch hier ein Zitat von Gemeindeammann vom 14. Januar: „Wir stehen mit den Investitionen nicht so im Zeitdruck. Wir haben uns nach der Decke gestreckt. Wir haben priorisiert und haben gesagt, wir nutzen die Möglichkeit aus und bringen den Schulraum erst, wenn es tatsächlich nötig ist“. Also auch hier geht es um Investitionen, welche nicht unter Zeitdruck stehen. In der Auflage sind die Berichte ein Jahr alt und eine Werbebroschüre einer Firma. Wir von der SVP haben innert kürzerer Frist diverse Modelle und Varianten eines anderen Herstellers erhalten. Wir fragen uns da schon, wieso man diese Zeit nicht genutzt hat, gerade in der aktuellen Finanzlage, wo wir doch kritisch gegenüber allen Projekten sein müssen. Obwohl im Rat schon mehrmals von allen bemängelt worden ist, dass man in Zukunft keine Vorlagen ohne mehrere Offerten oder Submissionen wünschen, haben wir diesen Fall wieder. Der Einwohnerrat soll so quasi einen Blankocheck ausfüllen, ohne die genauen Details und Möglichkeiten bzw. Finanzgefahren zu kennen. Wie steht es mit den verschiedenen Finanzierungsmöglichkeiten genau? Kauf/Kauf-Rückkauf/Miete/Leasing oder eine Mischung von diesen Möglichkeiten oder können wir mit Subventionen rechnen? Über den Standort könnte man sicherlich eine abendfüllende Diskussion alleine führen. Aber es gibt nicht nur Kosten für Sicherheit zur Strassennähe. Denn bei allen Kindergärten haben wir über kurz oder lang eine Umzäunung anbringen müssen. Im Talacker musste kürzlich sogar eine Absperrung Richtung Talackerstrasse angebracht werden. Reichen die Spielgeräte für den Outdoorbereich aus? – Darf man doch ins Goldiland spielen gehen? Wie werden die verlorenen Parkplätze aufgefangen? Auch tagsüber ist der Parkplatz immer gut besucht. Was ist, wenn die Lösung ref. Kirche nicht funktioniert, weil Kinder anderer Glaubensrichtungen nicht in ein fremdes Gotteshaus gehen wollen? Welcher Lehrer ist erfreut in einem Keller Unterricht zu erteilen und für den arbeitsfreundlichen Kontakt mit dem Kollegium über die Strasse gehen muss? Von den Kindern wollen wir gar nicht sprechen, wenn diese zum Pausenplatz gehen wollten. Wäre es nicht mutiger gewesen, bereits jetzt die Variante zweistöckig zu wählen? Sie sehen, lieber Einwohnerrat, für uns sind noch so viele Fragen ungeklärt. Wir können noch reagieren und haben Zeit, denn in den Zeitplänen auf der Auflage war der Plan immer, dass die Vorlage erst im Dezember in den Rat kommt.

Wir vermissen hier in dieser Vorlage eine ganz klare Fahrtrichtung, Kauf oder Miete, Leasing etc. mit genauen Offerten. So können wir nicht mit einem guten Gewissen zustimmen, denn zu oft haben wir in der Vergangenheit erlebt, dass solche Vorlagen überufert haben. Im Nachhinein soll niemand kommen und sagen, wir haben schon A gesagt, jetzt müssen wir auch B sagen. Wie die Behörde rechnen kann, das haben wir leider in den letzten Jahren mehrmals erlebt. Im Nachhinein war es immer teurer. Wir werden heute noch über eine ähnliche Sache sprechen, welche im Nachhinein massiv teurer wurde, als uns damals vorgestellt wurde. Die SVP stellt deshalb folgenden Antrag: Das Geschäft GK 2016/28 ist dem Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Vorlage in der Oktober Sitzung, spätestens aber im Dezember, mit ergänzenden und möglichst genauen Angaben neu vorzulegen. Es soll darin klar ersichtlich sein, ob Kauf oder Miete bzw. welches Finanzierungsmodell gewählt worden

ist. Was wird angestrebt? Eine Neuerstellung oder Occasion? Die Vorlage soll eine Offerte favorisieren, aber sicherlich auch eine Konkurrenzofferte auflegen. Es wäre auch schön, wenn die anderen offenen Fragen allesamt beantwortet würden.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Dies sind happige Vorwürfe, doch ich muss auf die alten Zeiten zurückkommen. Früher war es üblich bei Kreditanträgen plus/minus 20 bis 25% der Kosten zu beantragen. Die Submission erfolgte erst nachher. Das Ganze beruht auf einer Kostenschätzung. Uns ist bewusst, dass der Einwohnerrat über diese Tatsache nicht glücklich ist. Andererseits ist ein Zeitdruck gegeben. Im Sommer 2017 müssen mindestens 2 Schulzimmer stehen. Zeitlich würde dies ausreichen, abgesehen vom Baugesuchsverfahren, bei welchem keine Probleme entstehen, wenn der Antrag im Dezember 2016 kommt. Im Moment haben wir kein Geld für die Auftragserteilung für eine Submission. Jemand muss ein Devis erstellen, jemand muss die Submission bearbeiten. Dies müsste alles über die Abteilung Bau und Planung abgewickelt werden. Ich weiss nicht, ob wir dazu Kapazität und Geld für die Erarbeitung einer Submission haben. Darum haben wir uns entschieden nach dem alten Schema vorzugehen, d.h. Kostenschätzung und Submission folgt nachher. Zur Frage betreffend Miete oder Kauf. Das müsste sich nach der Submission klar zeigen, wir tendieren zum Kauf. Rechnen wir, dass 2023 das neue Schulhaus stehen muss, dann hätten wir in etwa die 6 Jahre, wo es sich lohnt, zu kaufen. Ich bin mir nicht so sicher, dass im 2023 ein solch grosses Schulhaus erstellt wird, wie es die Schule gerne hätte. Angenommen, es ist nur ein 6-Zimmer-Schulhaus, dann wird die Schule sicher auch sagen, die Pavillons brauchen wir noch. Daher gehen wir davon aus, dass die Provisorien länger gebraucht werden. Deshalb kommen wir zum Schluss, es soll eher gekauft werden. Wenn möglich sollen es Occasionen sein, das wäre für uns klar. Wir haben uns aber vorgenommen, dass wir das erst prüfen, wenn der Entscheid des Einwohnerrates vorliegt. Sollten Occasionen angeboten werden, dann werden diese für das nächste Schuljahr erhältlich sein. Wir würden dies sicher in der Submission prüfen. Es ist uns bewusst, dass die Parkplätze eine delikate Angelegenheit sind. Wir müssen eine Lösung finden. Wir werden kaum 24 Ersatzparkplätze finden. Der Spielplatz Goldiland ist im Moment nicht für die Schülernutzung geplant. Ob es möglich ist, ist sicher eine Sache der Verhandlungen mit dem Betreiber. Zur Lösung mit der ref. Kirche, da sprechen wir von einem Jahr später. Da würden wir im nächsten Jahr einem Baukredit vorlegen. Wir sind der Meinung, ein Schulbetrieb ist in diesen Räumen vertretbar. Auch Pavillons sind keine Wunschschulzimmer, wie man es sich aus städtebaulicher, architektonischer und schulpädagogischer Sicht vorstellt. Ich gebe gerne zu, alles ist mehr unter finanziellem Druck und nicht aus zeitlichem Druck entstanden.

Christian Keller: Es handelt sich beim Antrag der SVP um einen Rückweisungsantrag und wir hätten darüber sofort abstimmen müssen.

Patrick Hehli: Einige Bemerkungen zu den Ausführungen von Marie-Louise betreffend den plus/minus 25%. Ich möchte in den Raum stellen, bei plus 25 % bewegen wir uns im Rahmen CHF 975'000, wenn ich den Zahlen aus der Vorlage Glauben schenken kann. In dem vorgelegten Grundlagendokument sind wir ein Jahr hintendrein. Beschluss Einwohnerrat 10. Dezember 2015, Eingabe Baugesuch Februar 2016, Beginn Schuljahr 8. August 2016. In mehreren Papieren konnte man lesen, dass es so geplant war.

Lukas Füglistler: Es wird ein Verpflichtungskredit von CHF 780'000 beantragt, doch wird nicht erwähnt, ob es sich um eine Kostenschätzung oder ein Kostenvoranschlag handelt. Was ist die Grundlage? Gehe ich nach dem Optimum-Prinzip, nehmen wir an die CHF 780'000 werden gesprochen, erfolgt dann eine Anschaffung von CHF 780'000? Wir haben den Kredit ja erteilt und das Optimum wird herausgenommen. Das ist meine persönliche Interpretation, was hier in der Vorlage steht.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich hoffe nicht, dass sich das Resultat so präsentiert. Es gibt eine Submission und darin ist der Preis ein wichtiges Kriterium.

Erich Schmid: Wir können dem Rückweisungsantrag folgen. Doch egal, ob wir heute über den Verpflichtungskredit abstimmen oder im Dezember, Tatsache ist, dass wir im nächsten

Jahr 2 Kindergärten brauchen. Mit der Rückweisung besteht die Gefahr, dass die Umsetzung bis Sommer 2017 nicht mehr reicht und dann fehlen die Pavillons. Ich gebe Patrick Recht, ich war auch enttäuscht betreffend dem Zeitdruck. Doch bei einer Rückweisung des Verpflichtungskredits besteht die Gefahr, dass wir im nächsten August die Räume bei der ref. Kirche auch noch zu mieten müssen oder ein Zelt aufstellen. Der Gemeinderat ist diesbezüglich in Verzug. Ich bitte Euch Kolleginnen und Kollegen, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Schlussendlich leiden die Kinder und die Lehrpersonen darunter und nicht der Gemeinderat oder der Einwohnerrat.

Abstimmung

Rückweisungsantrag der SVP: Das Geschäft GK 2016/28 ist dem Gemeinderat zurückzuweisen mit dem Auftrag, die Vorlage in der Oktobersitzung, spätestens aber im Dezember, mit ergänzenden und möglichst genauen Angaben neu vorzulegen. Es soll darin klar ersichtlich sein, ob Kauf oder Miete bzw. welches Finanzierungsmodell gewählt worden ist. Was angestrebt ist, eine Neuerstellung oder Occasion und die Vorlage soll eine Offerte favorisieren, aber sicherlich auch eine Konkurrenzofferte auflegen.

Dieser Antrag wird mit 13 Ja- zu 24 Nein-Stimmen abgelehnt.

Markus Renggli: Ich stelle Euch noch kurz die Fraktionsmeinung BDP/CVP vor. Wir haben vom Grundlagenpapier wie vorhin Eugen Schmid bereits erwähnt hat, notgedrungen Kenntnis genommen und denken, dass dies pragmatisch die beste Lösung ist mit dem Standort und dem Abwägen Kauf oder Miete. Ich habe genug Vertrauen, die Signale sind gesetzt, dass eine kostengünstige und optimierte Version schlussendlich beschafft wird. Eine weitere Verzögerung ist nicht sinnvoll. Es soll vorwärtsgen und die Submission soll durchgeführt werden. Persönlich möchte ich bemerken, dass wir uns mit den Provisorien und im Hinblick auf die Finanzplanung bewusst sein müssen, dass damit auch das Schulhaus Kirchdorf noch weitere Jahre in Betrieb stehen wird, wahrscheinlich bis 2025. Da soll man den Erhalt und Unterhalt des doch sanierungsbedürftigen Schulhauses nicht vernachlässigen. Bitte überprüfen und die notwendigen Kosten einplanen. Dies sollte nicht vergessen werden.

Stefan Semela: Die FDP-Fraktion hat die Vorlage besprochen. Für uns ist der Bedarf klar ausgewiesen. Ich kann der SVP zustimmen. Die Qualität der Vorlage könnte besser sein. Es wäre für uns auch wünschenswert gewesen, man hätte die Varianten Kauf – Leasing – Miete detailliert geprüft. Eine weitere Verzögerung durch Rückweisung würde der Sache nicht dienen. Wir vertrauen darauf, dass der Gemeinderat den gesprochenen Betrag nicht aufbraucht. Es soll jetzt eine Submission stattfinden und dann soll die kostengünstigste Lösung gewählt werden. In der Diskussion haben wir festgestellt, dass die Nebenkosten bei der Erschliessung eher spitz eingesetzt sind. Wir hoffen und gehen davon aus, dass der Betrag nicht überschritten und demzufolge keine Kreditüberschreitung resultiert. Insofern stimmen wir dem Kredit zu und vertrauen darauf, dass der Gemeinderat die Arbeit ausführen kann. Der Gemeinderat soll sich für die Zukunft überlegen, wie er inskünftig vorgehen will, ob zuerst der Kredit gesprochen werden soll und nachher die Submission oder ob im Vorfeld bereits Abklärungen getroffen werden sollen. Eine Ausschreibung resp. eine Submission durchzuführen ist keine einfache Sache. Man kann nicht einfach nur den Telefonhörer in die Hand nehmen und jemanden anrufen mit der Bitte, eine Offerte einzureichen. Es braucht Vorbereitung und das kostet Geld. Ich hätte lieber, dass der Gemeinderat mit dem gesprochenen Kredit vernünftig umgeht und sich jetzt die Mühe macht, die kostengünstigste und beste Variante für den unbestrittenen Bedarf für die Provisorien findet.

Marion Möllerke: Ich bin sehr glücklich, dass Markus Renggli und Stefan Semela mir schon mit ihrem Gesagten vieles an Argumentationen abgenommen haben. Ich bin als Interne und Lehrerin natürlich an der Quelle. Ich habe ein gutes Verhältnis auch zu Kindergärtnerinnen. Ich weiss, dass diese mit Kinderzahlen am Anschlag stehen und wir wären sehr glücklich,

wenn die Kindergartenprovisorien bewilligt werden. Im OSOS haben wir ja bereits Unterstufenklassen. Deshalb hat es bereits bei der Strasse einen Zaun. Ein Sicherheitsproblem sollte es eigentlich nicht geben. Parkplätze sind aus meiner Sicht als Lehrperson ein kleines Problem. Oft werden diese Parkplätze auch von Leuten benutzt, die gegenüber wohnen, weil sie frei sind und eigentlich dort nicht parkieren dürften.

Patrick Hehli: In Sachen Sicherheit habe ich natürlich nicht den bestehenden Zaun Richtung Landstrasse angesprochen. Vielmehr habe ich an die Sicherheit des Parkplatzes selber gedacht. Es herrscht reger Betrieb auf diesem Parkplatz und er führt auch auf die Landschreiberstrasse hin. Ich kann demokratische Entscheide akzeptieren. Ich möchte das hier festhalten und dies auch protokolliert haben. Alle haben im Juni resp. Frühling gesagt, wir lassen uns zeitlich nicht unter Druck setzen. Was jetzt hier passiert, ist genau das Thema Zeit. Ich möchte festhalten, dass die SVP nicht gegen das Provisorium ist. Die SVP ist gegen die Art und Weise, wie das Provisorium jetzt – ein Schelm ist, wer Böses denkt – taktisch aufgegleist wurde. Der Gemeinderat wendet eine sehr gute Taktik an. Ich bin offen und sehr kritisch. Wird die Arbeit nicht gemacht, dann wird das Zeitfenster eng und dann muss der Rat ja zustimmen. Ich hoffe, dass das, was wir jetzt hier erleben, nicht Schule macht. Sonst können wir in Zukunft aus irgendwelchen Zeitgründen alles durchboxen. Wir sind zum Glück heute soweit, dass nicht einfach alles angeschafft oder erstellt wird, was man nicht braucht. Grundsätzlich benötigen wir immer alles. Über das heute vorliegende Traktandum, das muss ich ehrlich und offen sagen, bin ich enttäuscht. Das ist ein taktisch schlauer Schachzug, dass man jetzt das Zeitfenster klein präsentiert. Ich hoffe, dass dies in diesem Rat nicht Schule macht.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte diese Äusserung in aller Form zurückweisen. Der Gemeinderat hat zuallerletzt die Intension, den Einwohnerrat in irgendwelcher Form über den Tisch zu ziehen. Das möchte ich hier klar festhalten. Wir sind bestrebt, zusammen mit der Schule die beste Lösung zu finden. Dass jetzt der Einwohnerrat plötzlich umschwenkt und die Submission und alles im Vorfeld verlangt, in den letzten 30 Jahren war dies nicht der Fall, muss ich sagen, das finde ich komisch. Wir werden eine Submission durchführen, und dann entsprechend das Günstigste auswählen und zwar zeitnah und nicht schon ein Jahr im Voraus.

Eugen Paul Frunz: Wird der Kredit überschritten mit plus 25 %. Gibt es dann ein Nachtragskredit oder sehen wir das erst bei der Kreditabrechnung? Ein Hinweis zu den Submissionen, dass diese immer erst nach der Kreditsprechung durchgeführt wird. Dem ist nicht so. Als Beispiel verweise ich auf die Fahrzeugbeschaffung. Da wurde zuerst die Submission gemacht und anschliessend wurde die kostengünstigste Variante dem Einwohnerrat vorgelegt. Dies als Input.

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Es ist genau definiert, wann ein Nachtragskredit eingeholt werden muss. Ich kenne das Reglement nicht auswendig. Ich nehme an, sollte wirklich festgestellt werden, dass etwas überschritten wird, entscheidet der Gemeinderat. Als erstes wird der Gemeinderat darüber informiert mit Argumentationen. Dann muss entschieden werden, ob es zeitlich möglich und sachlich begründet ist, einen Nachtragskredit zu unterbreiten.

Marion Möllerke: Ich weiss, dass ich zeitlich an der Kippe stehe mit der Ping-Pong-Diskussion. Ich fühle mich nicht angesprochen. Ich habe Vertrauen in den Gemeinderat. Das möchte ich ganz klar festhalten. Ich nehme an, ich spreche auch als Fraktionsmeinung. Ich finde, wir sollten endlich zusammenstehen und miteinander die Gemeinde weiterführen. Nicht immer solche Ping-Pong-Spiele spielen. Bitte, wir müssen sachpolitisch entscheiden und nicht parteipolitisch reagieren.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmung

Für die Beschaffung eines Doppelpavillons für den Kindergarten wird ein Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 780'000 (inkl. MwSt., Kostenstand 30. September 2015) genehmigt.

Dieser Antrag wird mit 28 Ja- zu 5 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

- 6 2015.27 Motion SVP-Fraktion / Einsetzung einer Arbeitsgruppe Finanzen
 2016.06 Postulat Christian Keller / Einsetzung einer Meldestelle für Sparvorschläge /
 Abschreibung**

Christian Keller: Ich möchte vorausschicken, dass wir den Bericht nur zur Kenntnis nehmen werden. Wir werden inhaltlich nicht darüber abstimmen und keine Anträge zu einzelnen Punkten stellen. An der nächsten Einwohnerratssitzung, mit der Budgetdebatte, kommen die einzelnen Punkte wieder und ich schlage vor zu versuchen, die Diskussion kurz zu halten. Man kann sich äussern zur Bildung und Arbeitsweise der Arbeitsgruppe, nicht aber inhaltlich zum Resultat, auch nicht zum Umgang des Gemeinderates zur Arbeitsgruppe. Anlässlich der nächsten Budgetsitzung besteht dazu Gelegenheit.

—
Eintreten wird nicht bestritten.

—
Christian Keller: Ich erteile das Wort an die Co-Präsidenten der Arbeitsgruppe Finanzen, an Micha Jetzer und Marcel Müller.

Micha Jetzer: Marcel steht nicht hier als Leibwächter, sondern er ist hier, weil wir, als völlige Grünschnäbel, die Arbeitsgruppe Finanzen im Co-Präsidium geführt haben. Vorweg möchte ich zu dieser Arbeit einiges mitteilen. Es ist immer schwierig und man fühlt sich während einer solchen Arbeit als ein Buhmann. Überall dort, wo Einsparungen vorgenommen werden, kommt man sich gegenüber den engagierten Personen ein wenig als Verräter oder angeprangert vor. Die Arbeitsgruppe Finanzen hat versucht, durch das ganze Budget die Einsparungen abzustützen. Es war keine einfache Sache und es war sehr aufwändig. Dies wurde auch an den Fraktionssitzungen bestätigt. Auch wenn bereits $\frac{3}{4}$ Jahr verstrichen sind, war dies doch keine lange Zeit um alles zu prüfen. Ich gehe auf drei Punkte ein: die Sparvorschläge mit der Verarbeitung durch die Arbeitsgruppe; als zweiter Punkt die Stellungnahme des Gemeinderates und ein Auszug aus der geleisteten Arbeit. Die Sparvorschläge: wir hatten verschiedene Kanäle, auf welchen Sparvorschläge eingetroffen sind. Ein Kanal wurde durch das Postulat von Christian Keller kreiert. Die Bevölkerung konnte an eine E-Mail-Adresse Vorschläge einreichen. Es sind auf diesem Kanal 18 Vorschläge eingetroffen. Die Weiterbearbeitung der Vorschläge lief folgendermassen ab: in erster Linie wurde geprüft und besprochen, welche Anträge relevant sind und weiterverfolgt werden und welche nicht. Es hatte auch Vorschläge, welche unter der Gürtellinie oder mit rassistischen Hintergründen formuliert wurden. Es wurde geprüft, auf welche Konten und Ressorts diese Vorschläge zugeordnet werden können. Anschliessend konnten diese den einzelnen Subgruppen zugeteilt und einzeln geprüft werden. Der zweite Punkt war, dass durch die Fraktionen anhand unserer Mitglieder in der Arbeitsgruppe Punkte eingebracht wurden, welche mit dem gleichen Verfahren geprüft und ressortspezifisch zugeordnet wurden. Wir hatten Vorschläge, welche von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe eingereicht wurden. Die präsentierten sich schon detaillierter und diese konnten direkt in die Subgruppen zugeteilt werden. Ihr könnt Euch vorstellen, aufgrund der Vorlage Budget 2016 waren das einige Posten. Es war relativ schwierig, auf jeden einzelnen sauber einzugehen. Ich bitte Euch um Verständnis, dass gewisse Punkte bei uns durch den Entscheid und die Abstimmung weggefallen sind. Es gab auch Punkte, welche aufgrund vom Fachwissen von der Arbeitsgruppe Finanzen nicht berücksichtigt werden konnten bzw. welche man in die Excel-Sparvorschläge aufgenommen hat, welche nachher durch die Finanzkommission

geprüft werden, sei es Verträge oder andere Bestandteile. Als Konzentrat, welches umgehende Einsparungsmöglichkeiten aufzeigt, präsentiert sich der Bericht in Kategorie 1 – Sparvorschläge. Wir möchten dazu sagen, dass der Bericht der kleinste, gemeinsame Nenner war, welcher für das Budget 2017 wirksam wäre oder sein könnte. Als Grundlage für die folgenden Jahre, sei es für die Fraktionen, Gemeinderat etc., ist jedoch die Excel-Liste mit den Sparvorschlägen. Unseres Erachtens widerspiegelt dies unsere Arbeit in vollem Umfang. Einige Bemerkungen zu der Stellungnahme des Gemeinderates: Wir haben bewusst nur die Punkte behandelt, mit welchen der Gemeinderat nur teilweise oder nicht einverstanden war. Legislative, Portokosten, Stimmmaterial. Der Betrag ist relativ klein. Deshalb komme ich zum nächsten Punkt. In der heutigen Zeit werden in der Industrie- und im Dienstleistungssektor Schulungen, Kurse, Teamanlässe etc. gestrichen. Grundsätzlich wären diese nicht unbedingt nötig für das Betriebs- oder Abteilungsklima. Das wissen Sie selber. Es kommt auch auf die Chefs und die Leute selber an. Die Arbeitsgruppe ist der Meinung, dass wir diese mindestens aussetzen oder ganz streichen können. Der dritte Punkt beinhaltet die Feuerwehr mit Löhnen bzw. Entschädigungen. Es ist richtig, bei solchen Punkten ist es schwierig, solch engagierten Leuten, welche sich zum Teil freiwillig melden, das wenige, das verdient wird, zu kürzen. Viele Leute sind mit Herzblut dabei. Ich denke nicht, dass das Engagement wegen einer tieferen Entlohnung scheitern würde. Alle müssen beim Sparen mithelfen. Aus unserer Sicht wären die CHF 5'000 ein vertretbarer Betrag, dieser Punkt muss geprüft werden. Im Reglement müsste eine Anpassung erfolgen, sicher nicht ganz einfach für die Umsetzung. Bei der Feuerwehr sind es die Spesen. Auf die Einladungen der Partnerinnen und Partner an der Feuerwehrschlussprobe soll verzichtet werden. Wir haben mitbekommen, dass dieser Posten so oder so aus dem Budget gestrichen wird. Zum nächsten Punkt Bildung, Fachliteratur/Zeitschriften. Wir hatten ein gutes Gespräch mit dem Schulleiter Bruno Glettig. Wir wussten dazumal nicht, woher der grosse Betrag kommt. Gemäss Bericht des Gemeinderates ist es so, dass man nur ca. CHF 300 einsparen könnte. Für uns sieht es aber so aus, dass im Posten Bestandteile enthalten sind, welche unseres Erachtens nicht in diesen Posten gehören. Gerade Fachliteratur oder zusätzliches Lehrmaterial ist im falschen Konto enthalten. Die Fachliteratur wurde in diversen Firmen in der Wirtschaft gestrichen. Jeder, der sich dafür interessiert, muss sich selber um die Beschaffung kümmern. Die CHF 2'500 könnten eingespart werden. Dass dies aber Lernmaterial für die Kinder sein soll, ist kein Thema. Für uns steht im Vordergrund, ob nicht alles dem richtigen Konto zugeordnet wurde. Kultur und Bundesfeier. Eines müssen wir ganz klar festhalten. Die Mitglieder der Arbeitsgruppe sind Eidgenossen und es liegt nicht im Sinne jedes Einzelnen, die Bundesfeier abzuschaffen. Die Bundesfeier wird mit CHF 9'000 belastet, finanziert vom Steuerzahler. Die Frage stellt sich, ob der Betrag für die Bundesfeier gekürzt werden könnte oder anderweitig aufgebaut werden könnte, um den Betrag einzusparen. Wir haben zwei Punkte, Sporthalle, Reduktion Löhne und Gemeindesaal, Reduktion Löhne. Wir sind aus folgenden Gründen mit der Beantwortung des Gemeinderates nicht ganz einverstanden: Seitens der Verwaltung liegen uns zwei E-Mails vor, welche klar aufweisen, dass im Jahr 2014 fast CHF 16'000 und im Jahr 2015 fast CHF 10'000 an Überstunden ausbezahlt wurden. Zudem haben wir auch Angaben, ein Mail der Abteilung Bau und Planung, dass im Jahr 2015 rund 107 Ferientage von den Abwarten nicht bezogen werden konnten. Wir alle wissen, seit dem HRM2, schlagen diese Punkte voll auf. Es hat über die ganze Sache der Schulhaus Abwarte eine Überarbeitung stattgefunden. Wir gehen davon aus, dass sich das automatisch reguliert und dass das geprüft wird. Wir müssen eines klarsehen, aus irgendeinem Grund sind die Überstunden angefallen. Die lagen in den Jahren 2014 und 2015 ungefähr im gleichen Rahmen. Stellt man die Mieteinnahmen den Überstunden gegenüber, sieht man, ob es sich überhaupt rechnet, d.h. sind die Überstunden nicht teurer als die eigentlichen Mieteinnahmen. Somit wäre unser Vorschlag, dass eine restriktivere Vermietung umgesetzt wird und das ganze anders geprüft wird. Zum Teil läuft das schon, bzw. eine Prüfung ist angesagt. Das Ziel sollte sein, den Arbeitsaufwand zu minimieren und die Feriensaldi so schnell wie möglich zu entlasten. So verschwinden die CHF 15'000 relativ schnell. Auf unserer Liste ist das zwei Mal aufgeführt. Das ist ein Fehler. Wir haben den Posten Ludothek genauer geprüft. Wir haben gesehen, dass sich die Benutzerzahlen in den letzten Jahren halbiert haben. In der gesamten Schweiz bestehen etwa nur 330 Ludotheken bei rund 2'352 Gemeinden in der Schweiz. Meine Damen und Herren, leider ist es so, dass sich Obersiggenthal eine Ludothek eigentlich nicht leisten kann. Sonst muss man schauen, woher wir das Geld bekommen. Wollen wir uns die Ludothek in Zukunft leisten, dann

müssen wir von irgendwoher Geld generieren. Aufgrund der anhaltenden wirtschaftlichen Situation ist es sicherlich der falsche Weg oder wahrscheinlich nicht machbar, dass man Steuererhöhungen festlegt, um solche Sachen, welche nicht nötig aber schön sind, zu finanzieren. Zum Schneesportlager: die Arbeitsgruppe Finanzen hat eine Erhöhung des Elternanteils von CHF 50 pro Lagerteilnehmer beantragt. Der Betrag ist unseres Erachtens tragbar für eine Familie, im Gegensatz zu dem Betrag, welcher für Skiferien als Familie anfallen würde. Im Moment kostet der Beitrag für ein Kind im Skilager zwischen CHF 300 und CHF 400. So könnten CHF 10'000 gespart werden. Ein dritter Punkt betrifft die Hilfsaktionen. Die Meinungen lagen sehr stark auseinander. Die Meinung der Arbeitsgruppe Finanzen ist ganz klar, dass man den Budgetposten zur Hälfte entlasten muss auf CHF 15'000. Nur schon aus diesem Grund, weil sich der Bund, der Kanton und die Gemeinde, sei es im Asylwesen, sei es bei Integrationsschulen, Kurse etc. bereits stark beteiligen. Der letzte Punkt Artengliederung, allgemeine Verwaltung, Honorare. Ihr wisst alle, dieser Punkt ist an jeder Budgetsitzung ein Thema. Der Posten sticht im Jahr 2015 mit einer Viertelmillion hervor. Grundsätzlich ist unser Ziel, dass ein grosser Betrag eingespart wird oder an Dritte weiterverrechnet werden soll. Einfach deshalb, um das Konto zu entlasten. Wir müssen ganz klarsehen, das sind alles Punkte, bei welchen externe Leute für die Gemeinde beigezogen werden mussten und durch die Gemeinde resp. den Steuerzahler finanziert werden. Wir sprechen von fast einem ganzen Steuerprozent. Wir werden auf das nächste Mal sicher detaillierter ausarbeiten müssen, zwangsläufig, bei welchen Abteilungen wir Möglichkeiten haben, um Einsparungen vorzunehmen. Jetzt bin ich bald 3 Jahre dabei. Sie sehen die Folie Fazit und Auszug der Arbeit. In der Kategorie 1, also schnellst möglich umsetzbar im 2017, sind rund CHF 53'500 vom Gemeinderat gutgeheissen worden. Das ist noch nicht beschlossen, das müssen wir schon sehen. Die grösseren Posten, welche zu bewältigen sind, sind die Investitionen. Dabei möchten wir vermerken, dass dort selten ein Sparwille vorhanden ist. Das haben wir an der letzten Einwohnerratssitzung gesehen. Wir haben kein Geld mehr für solche Spässe. Meine Damen und Herren, wir im Einwohnerrat müssen Farbe bekennen, die Augen offen halten. Die Wirtschaft hat keine rosigen Aussichten, eine weitere Steuererhöhung ist offen. Daher müssen wir ganz klar Abstriche machen. Wir hoffen, dass wir den grössten Teil unserer Vorschläge auch umsetzen können. Ich weise darauf hin, der Bericht ist nicht die ganze Arbeit, welche die Arbeitsgruppe geleistet hat, sondern die Excel-Tabelle, welche wir auf 21 bis 22 Seiten aufgebaut haben. Das ist eigentlich die ganze Arbeit. Der Bericht ist nur das Konzentrat der Kategorie 1, welche schnellstmöglich umsetzbar ist. Wir hoffen, dass für die Fiko, die Fraktionen und den Gemeinderat die Excel-Liste für die nächsten Jahre ein wertvolles Papier darstellt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Interviewpartnern bedanken, ich möchte allen Mitgliedern der Arbeitsgruppe für den Einsatz danken. Es ist nicht selbstverständlich, dass man nebenbei noch einen solchen Aufwand betreibt, welcher zeitintensiv ist. Ein Punkt möchte ich noch hinzufügen und zwar in Bezug auf die Investitionspläne. Warum haben wir diese nicht behandelt? Wir haben im April vom Gemeinderat Bescheid erhalten, dass dort grössere Umstellungen angedacht sind und dass diesbezüglich eine Gemeinderatssitzung abgehalten wird. Die Zeit hat dazu einfach nicht mehr gereicht, das ganze nochmals aufzurollen. Das weitere Vorgehen unsererseits ist ganz klar, dass wir an der Budgetsitzung Anträge stellen werden, genau die, welche zum Teil abgelehnt oder ganz abgelehnt wurden.

Christian Keller: Danke an Micha Jetzer und Marcel Müller für die Präsentation und die Leitung der Arbeitsgruppe Finanzen sowie allen Mitgliedern in der Arbeitsgruppe für die grosse Leistung. Ihr habt dafür viel Zeit investiert. Ich habe ja bereits vorgängig erwähnt, dass zu den konkreten Sparvorschlägen keine Anträge eingereicht werden können. Trotzdem soll die Diskussion möglich sein.

Linus Egger, Gemeinderat: Zur Priorität 1; die Punkte, mit denen der Gemeinderat einverstanden ist, sind bereits ins Budget 2017 eingeflossen. Wir haben gewisse Punkte gegenüber der Vorlage geändert. Auf der einen Seite steht, die Bundesfeier wird gestrichen, auf der anderen Seite steht, dass der Neuzuzügeranlass in die Bundesfeier integriert werden soll, das geht nicht auf. Externe Berater wurden bei der Schule mit CHF 32'000 ausgewiesen. Ich muss Euch sagen, die Schule hat diese externen Berater nicht, sondern die vorliegende Summe betrifft das gesamte Gemeindebudget. Der Gemeinderat hat den Wert vom Budget 2016 genommen

minus den Wert von CHF 80'000, welcher weiterverrechnet wird, davon haben wir 10 % genommen. Deshalb haben wir eine Differenz zur Arbeitsgruppe Finanzen. Unter Priorität 1 ist noch Sponsorsuchen für Schwimmbad aufgeführt. Meine Damen und Herren, innert einem oder zwei Monaten ist es nicht möglich, Sponsoren zu suchen für ein Schwimmbad. Wäre es Priorität 1 geblieben, dann hätte dies ins Budget aufgenommen werden müssen. Darum hat der Gemeinderat entschieden dies in die Priorität 2 zu schieben.

Lukas Füglistner: Wir haben den Bericht in der Fraktion analysiert, studiert und kritisch gewürdigt. Für uns ist klar, dass der daraus entstandene Mehraufwand nicht selbstverständlich ist. Wir verdanken den Einsatz der gesamten Arbeitsgruppe Finanzen. Wir sind uns bewusst, dass Sparen immer schmerzt. Dementsprechend werden wir uns einsetzen, dass wir das eine oder andere durchsetzen können bzw. kritisch beachten. Die vorliegende Excel Liste dient als Handhabung, damit die von der Arbeitsgruppe Finanzen gemachte Aufgabe entsprechenden Halt im jeweiligen Budget findet.

Petra Rutschmann: Die Fraktion SP/Grüne hat den Bericht studiert. Wir haben das Ganze mit Spannung erwartet, welche massiven Sparvorschläge vorgeschlagen werden. Es ist bei uns auch ein Stück Ernüchterung vorhanden. Es sind keine grossen, neuen Vorschläge, welche eingebracht wurden. Es zeigt uns auch ein Bild, dass die Zitrone schlichtweg ausgepresst ist. Auf der Ausgabenseite ist es sehr schwierig, noch irgendetwas zu bewegen. Dies hat uns der Bericht bestätigt.

Micha Jetzer: Ich möchte etwas ergänzen. Es ist richtig, die Zitrone ist schon relativ stark ausgepresst. Sparen wir weiter, dann verzichten wir auf Leistungen. Peter Marten sagt dies im Finanzkommissionsbericht relativ deutlich. Alle Sachen, welche jetzt eingespart werden, daraus resultiert etwas. Das wird nicht allen gefallen. Wir müssen den Hebel ansetzen. Das sind erste Vorschläge. Ich bin überzeugt davon, dass noch andere Themen im Kopf hängen, bei welchen auch noch eingespart werden könnte.

Marcel Müller: Der vorliegende Bericht wurde durch die Arbeitsgruppe Finanzen erarbeitet. Wenn Ihr die Zusammensetzung der Arbeitsgruppe betrachtet, dann seht Ihr, dass die Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Einwohnerrates besteht und eigentlich ein Miniabild vom Einwohnerrat ist. Die CHF 140'000 sind ein Mehrheitsbeschluss. Es gibt noch ganz andere Ansätze zum Sparen, doch die haben sich in der Arbeitsgruppe nicht durchgesetzt. Wir hatten auch knappe Ergebnisse. Wir führen jetzt nicht aus, wer wie abgestimmt hat und wer was einbrachte. Die Fraktionen haben in Zukunft Möglichkeiten. Es geht noch um das Schwimmbad, es geht um die Sporthalle, es geht um den Personalbestand, das sind sehr kontroverse Themen, welche alle diskutiert wurden. Die Zitrone ist nicht ausgepresst. Die Frage ist die: was ist eine ausgepresste Zitrone? Braucht die Gemeinde ein Schwimmbad? Einige sagen selbstverständlich, andere sagen nein. CHF 600'000 Betriebskosten jedes Jahr, X Millionen Investitionen, welche vor uns stehen, Baden, Wettingen und Spreitenbach haben ein Schwimmbad. Das ist nur einer der vielen Punkte. Beim Personal laufen wir effizient. Das haben wir abgeklärt. Wir haben keinen wirklichen Wasserkopf. Aber heute ist es in der Industrie auch so, wenn jemand eine Arbeitsstelle verlässt, muss die Frage immer gestellt werden, kann man Arbeitsstelle anders organisieren, braucht es die Stelle wirklich noch?

Erich Schmid: Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass sehr viel geleistet und untersucht worden ist. Die gerechneten Einsparungen von CHF 140'000 ist etwas mehr als ein halbes Steuerprozent. Die Finanzen werden damit nicht ins Lot gebracht. Was man dazu sagen kann, dass der Gemeinderat und die Finanzkommission bis jetzt eine gute Arbeit geleistet haben. Die Arbeitsgruppe konnte nicht plötzlich eine halbe Million finden, welche bis jetzt blödsinnig ausgegeben wurde. Wir konnten feststellen, es wurde gespart. Die Zitrone ist ausgepresst bis auf den Abbau von Sachen, die wir bis jetzt hatten. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe mit CHF 140'000 entspricht eigentlich der Erwartung, welche ich hatte. Was man auch gesehen hat, dass auf der Liste sehr viele Punkte aufgeführt worden sind, welche bekannt sind. Es wurde im Einwohnerrat schon x-mal darüber diskutiert. Ich bin bereits 15 Jahre Mitglied im Einwohnerrat. Es gibt auch Themen, welche erst vereinzelt diskutiert wurden. Wir haben auch Wünsche und Ziele

formuliert, aber wie man dorthin kommt, ist offen. Marcel Müller hat das Schwimmbad angesprochen. Ein Betriebsdefizit auf CHF 300'000 zu reduzieren ist ein Wunsch. Ich sage nun, ich möchte einen Gewinn von CHF 500'000. Man muss aber wissen, wie kommt man dorthin? Ein Wunsch zu formulieren, welcher nicht realistisch ist, ist ein frommer Wunsch. Schwimmbad, braucht man das? Braucht es ein Hallen- und Gartenbad? Stimmen die Eintritte? Müssten die Preise für Auswärtige anders gestaltet werden? Wir wissen, dass Untersiggenthal schon angefragt wurde, wie viele Kinder das Schwimmbad nutzen? Wie sieht es aus mit Defizitbeiträgen? Untersiggenthal sagte, das ist nicht ihr Problem. Daraus müssten Konsequenzen gezogen werden. Das sind Punkte, welche mir in den Sinn gekommen sind, als ich die CHF 300'000 gesehen habe, welche oberflächlich dargestellt wurden. Was uns ganz klar fehlt ist der Aufgaben- und Finanzplan. Micha erwähnte, dieser wurde vom Gemeinderat überarbeitet. Darum wurde dieser nicht geprüft. Dort liegt der grosse Hebel. Der liegt nicht im Budget, der liegt effektiv im Aufgabenplan. Ich hätte mir gewünscht, dass die Arbeitsgruppe diesen prüft, trotz des Hinweises von Linus im April. Die Arbeitsgruppe wäre vielleicht auf ein anderes Ergebnis gekommen. Wir haben die Investitions- und Aufgabenpläne bekommen zum Studium für die Budgetsitzung in zwei Wochen. Ich hab es noch nicht gemacht. Vielleicht wäre die Arbeitsgruppe gekommen und hätte gesagt, der Mättelisteg ist das wichtigste Projekt, es gehört auf den ersten Platz. Ich denke es nicht, aber grundsätzlich wisst Ihr, was ich meine. Eine Zweitmeinung, Querdenken, das hätte ich mir hier gewünscht. Was mir nicht so ganz klar wurde, Micha Jetzer hat das im ersten Votum gesagt, wie sind die 18 Hinweise aus der Bevölkerung in den Bericht eingeflossen? Ich habe diese praktisch nicht erkannt. Es ist klar, es hatte sicher Hinweise, welche nicht in den Bericht gehören und wir sind froh, wurden diese vergessen. Doch es hatte auch Hinweise zum Sparen zum Beispiel von Urs Müller, welche ich beim Studieren nicht gesehen habe, und dieser Vorschlag hat Hand und Fuss und würde sich lohnen zu prüfen. Für mich fehlt auch die ganze Einnahmensituation. Wir haben es auf der Ausgaben- seite gesehen, wir sparen CHF 140'000 wenn alles akzeptiert wird, was von der Arbeitsgruppe vorgeschlagen wird. Die Einnahmensituation wurde nicht geprüft. Eine Steuerfusserhöhung ist das einfachste, das kann jeder, wenn das Volk zustimmt. Es gibt aber andere Punkte, zum Beispiel Einzonungen. Vor drei Jahren wurde die BNO überarbeitet. Wir haben zwei Gebiete, eines wurde bei uns im Einwohnerrat abgeschossen, eines im Grossen Rat. Eine Einzonung bedeutet im Normalfall, dass Steuerzahler kommen werden. Bei einer Einfamilienhauszone kommen in der Regel bessere Steuerzahler. Dies ist im Bericht komplett ausgeblendet und wurde nicht kommentiert. Das habe ich vermisst. Man sieht auch, dass das Ried und das Loo nicht riesige Gebiete sind. Aber wir sehen, dass zum Beispiel Häfeler Ost überbaut wurde, es sind meine direkten Nachbarn. Es hat dort einige Doppelverdiener, ich nehme an, es sind nicht die schlechtesten Steuerzahler trotz evtl. relativ viel Schulden mit den Liegenschaften. Wiesenweg, eingezont vor drei Jahren, ist mittlerweile überbaut. Ich denke, die Arbeitsgruppe hat viel geleistet, es ist für mich zu fest budgetbezogen? Wir sehen leider zu wenig wo wie was verbessert werden kann auf der Ausgaben- und der Einnahmenseite.

Theo Flückiger: Ich komme auf den dritten Punkt, dem Postulat von Christian Keller zum Einrichten einer Meldestelle zurück. Das wurde eingerichtet und die Rückmeldungen erfolgten. Gleichzeitig, wenn man das ganze durchliest, stellt man fest, dass das eigentlich formell nicht abgeschrieben werden kann. Einerseits ist eine ganz klare Frist gesetzt, welche mit dem Budget 2017 abgeschlossen werden soll. Deshalb wäre eine Abschreibung heute zu früh. Zum andern ist auch klar eine Kommunikation an die Bevölkerung verlangt, welche auch noch nicht stattgefunden hat. Wir haben Verständnis, dass man das als Gesamtpaket abschliessen möchte. Aber formell ist das eigentlich nicht richtig.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Die FDP-Fraktion hat den Bericht auch intensiv diskutiert und zur Kenntnis genommen. Sie dankt der Arbeitsgruppe für die Arbeit. Die Fraktion hat auch die Antwort des Gemeinderates zur Kenntnis genommen. Persönlich kann ich dem Bericht eine gewisse Lustlosigkeit nicht absprechen. Die Fraktion hätte erwartet, dass er einige Anträge nicht nur ablehnt, sondern auch vermehrt unterstützen würde. Der Bericht zeigt unserer Meinung nach den aktuellen Stand unserer Gemeinde relativ gut auf. Die Zitrone ist schon relativ stark gepresst, doch noch nicht ausgepresst. Die aufgezeigten Einsparungen der Arbeitsgruppe sind je nach Lesart irgendwo im Bereich dieser CHF 140'000. Auf das gesamte

Budget der Gemeinde gesehen ist das kein Riesenposten. Doch es sind Einsparungen. Wollen wir das Budget der Gemeinde langfristig wirklich massiv entlasten, dann kommen wir nicht darum, die berühmt berüchtigten grossen Kostenblöcke zu reduzieren. Es ist für eine Arbeitsgruppe, welche drei Monate Zeit hat, einen Bericht zu erarbeiten, absolut nicht möglich, zum Beispiel bei einem Hallen- und Gartenbad nachhaltig aufzuzeigen, wie das Defizit um CHF 300'000 reduziert werden könnte, auf null gebracht könnte oder sogar einen Gewinn erwirtschaften werden könnte. Das ist nicht realistisch. Es ist aber genauso unrealistisch, wenn man an einer Budgetsitzung in 14 Tagen kommt und sagt, Reduktion auf CHF 300'000. Das ist unseriös. Was aber auch langsam aber sicher unseriös ist, wenn der Präsident der Finanzkommission an jeder Budgetrunde, in jeder Rechnungsrunde das gleiche erzählt und gegen aussen passiert relativ wenig. Ich werde mir erlauben, zum Thema Schwimmbad ein Postulat oder eine Motion einzureichen, damit einmal konkret an die Hand genommen und geprüft wird, was machbar ist. Ich sage nicht, man muss das Schwimmbad schliessen, überhaupt nicht. Aber wir müssen dieses Thema gründlich diskutieren, vielleicht hatte man dies vor 10 Jahren gemacht. Da war ich leider noch nicht im Rat, sonst wüsste ich das noch. So hätte man eine Entscheidung und ich muss es nicht jedes Jahr erwähnen. So oder so müssen wir uns in Obersigenthal darauf einstellen, dass grössere Investitionen nur gestemmt werden können, wenn wir Steuerfusserhöhungen machen. Jetzt kommen diejenigen, die schon länger dabei sind, damit hatten wir schon einmal einen Beinbruch erlebt. Ja, das hatten wir. Doch wir müssen langsam aber sicher auch ehrlich miteinander sein. Der Stimmbürger soll sehen, dass gewisse Sachen etwas kosten und ein Preisschild haben. Das Preisschild muss er erkennen und er soll sagen, bin ich bereit, das zu tragen oder nicht. Es hat nichts mit Zwängerei zu tun, sondern es ist schlicht und einfach eine Realität. Entscheide haben Konsequenzen. Das ist etwas, welches ich versuche meinem 7-jährigen Sohn beizubringen. Wenn du etwas machst, dann hat es eine Konsequenz. Das ist hier genau gleich. Wenn wir etwas entscheiden, dann hat es finanzielle Konsequenzen. Mit diesen müssen wir umgehen können. Ich glaube wir müssen in Zukunft bei der Bevölkerung noch viel stärker aufzeigen, was gewisse Punkte bedeuten. Ich bin froh, dass die Arbeitsgruppe diesen Bericht erstellen konnte. Ich denke, er hat zu Diskussionen Anlass gegeben und wird noch weiter zu Diskussionen Anlass geben in 14 Tagen. Wir freuen uns in der Fraktion auf die Dinge, die da kommen werden. Aber was wir wirklich machen müssen, wir müssen zwei oder drei Themen vertieft anpacken und einen Entscheid herbeiführen.

Patrick Hehli: In der Excel-Liste der Arbeitsgruppe Finanzen verweise ich auf den letzten Punkt als Beispiel. Im letzten Jahr, diejenigen, welche hier waren, erinnern sich, dass ich eigentlich dagegen einen Antrag stellte. Der wurde abgeschmettert mit den Worten, dass das gar nicht möglich sei. Jetzt taucht der Antrag seitens der Arbeitsgruppe auf. Da stelle ich mir die Frage, ob es möglich ist, den Antrag so global zu stellen? Gilt das Gesagte vom letzten Jahr nicht mehr? Mir ist die Vorgehensweise nicht ganz klar. Wir haben den Bericht erhalten und ich kann mich den Vorrednern allen anschliessen. Es wurde ein Super Job gemacht. Es wurde elektronisch die grosse Liste, das Arbeitspapier der Arbeitsgruppe, zur Einsichtnahme zur Verfügung gestellt. Darin waren noch viele andere Vorschläge enthalten nebst denjenigen, über welche wir heute diskutiert haben. Was passiert jetzt mit diesen Listen? Was passiert mit den Vorschlägen, welche die Arbeitsgruppe konkret aufgelistet hat mit Patt-Situationen, oder bei welchen der Gemeinderat nur teilweise dafür ist? Wer stellt jetzt entsprechend Anträge am 29. September? Einer der Anträge lautet, dass die Motion von uns abgeschrieben wird. Mit der Abschreibung, ich bin zwar rechtlich nicht immer up to date, würde dies nach meinem Verständnis die Auflösung der Arbeitsgruppe Finanzen bedeuten? Eine aufgelöste Gruppe kann Ende Monat keine Anträge stellen. Sollte dem so sein, dann möchte ich eine Antwort, wer die Anträge zu stellen hat, ob es die Finanzkommission stellvertretend sein soll resp. wäre es nicht möglich, die Arbeitsgruppe Finanzen erst Ende Jahr aufzulösen? Ich möchte nicht, dass die Arbeitsgruppe heute aufgelöst wird. Vielleicht kann man spitzfindig sein und irgendjemand kommt und sagt am 29. September 2016, die Arbeitsgruppe ist nicht legitim ein Antrag zu stellen, weil diese Gruppe ja aufgehoben wurde.

Micha Jetzer: Zum einen ist die Arbeitsgruppe für die nächste Budgetsitzung am Abklären, wie man eine globale Budgetkürzung von einem Gesamtkonto umsetzen kann, ohne die Budgetsitzung unnötig in die Länge zu ziehen. Zum anderen wollen wir auf den Gesamtbetrag

Kürzungen eingehen. So gibt man dem Gemeinderat respektive den Abteilungsleitern die Möglichkeiten, die Beträge nach eigenem Ermessen zu verteilen und dementsprechend die Einsparungen durchzuboxen.

Patrick Hehli: Letztes Jahr hat es geheissen, es ist rechtlich nicht möglich.

Micha Jetzer: Die Antwort darauf ist noch offen.

Patrick Hehli: Im letzten Jahr wurde die Sitzung so verlängert, weil ich bei jedem Punkt den entsprechenden Antrag stellen musste.

Christian Keller: Es handelt sich um eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe. Der Einwohnerrat entscheidet, ob die Gruppe aufgelöst wird oder nicht. Offen ist die Frage, inwiefern die aufgelöste Arbeitsgruppe noch Anträge stellen kann oder nicht.

Patrick Hehli: Wir stellen sonst den Antrag: Die Auflösung der Arbeitsgruppe Finanzen soll nicht mit der Abschreibung von der Kontrolle der Motion SVP erfolgen, sondern erste per 31. Dezember 2016.

Christian Keller: Ich bin bereit, den Antrag entgegenzunehmen, sofern das notwendig ist.

Theo Flückiger: Das wäre eigentlich Punkt 2, welcher einfach abgelehnt wird, wenn man das möchte. Dann wäre das damit erledigt.

Anton Meier, Gemeindegemeinschafter: Zu den Anträgen hätte ich einen Vorschlag. Die Arbeitsgruppe Finanzen ist eine einwohnerrätliche Arbeitsgruppe. Die Anträge liegen vor. Die Präsidentin könnte während der Budgetsitzung die Anträge schon als gegeben taxieren. Bei der detaillierten Budgetberatung wird direkt darüber abgestimmt. Dann ist die Frage eigentlich erledigt. Damit erübrigt sich die Frage, ob die Arbeitsgruppe Finanzen noch in Betrieb ist oder nicht. Unsere rechtliche Beurteilung ist seit Jahren gleich. Anträge mit pauschalen Kürzungen aufgrund der Artengliederung sind nicht möglich. Wenn Anträge für Kürzungen gestellt werden, müssten diese bei den einzelnen Budgetpositionen gestellt werden. Das Präsidium der Arbeitsgruppe Finanzen ist mit unserer Antwort noch nicht ganz zufrieden. Unsere rechtliche Beurteilung ist schon in mehreren Budgetberatungen in diesem Rat so angewandt worden.

Patrick Hehli: Wir hatten aber auch schon den Fall, dass es möglich war zu Zeiten Erich Rinderknecht.

Anton Meier, Gemeindegemeinschafter: Nein, da muss ich widersprechen. Die Diskussion war genau gleich. Erich Rinderknecht stellte bei jedem Konto den Antrag.

Marcel Müller: Es handelt sich im Prinzip um ein sachliches Problem. Es gibt Abteilungen mit Konten, welche ein Budget haben und gebraucht werden müssen. Dann gibt es Sachen, welche weiterverrechnet werden können. Und dann gibt es Sachen, welche wir nicht zwingend benötigen. Wir sind nicht Fachleute der Abteilungen. Wir können Anträge stellen und es käme vielleicht einmal durch, 10 % bei der Abteilung XY, dann sagt jemand aus dem Gemeinderat, das könnt Ihr gar nicht machen, weil das sind verpflichtende Sachen, welche benötigt werden. Das führt der Gemeinderat in der Vorlage aus. Es gibt Punkte, da braucht es Experten. Wir wollen bei diesem Posten nicht resignieren und sagen, eigentlich kann man gar nie etwas machen und lassen es. Darum hätten wir gerne Einsparungen von 10 %, das sind ca. CHF 28'000. Der Gemeinderat weiss am besten, was in den Abteilungen möglich und machbar ist und was überhaupt nicht geht. Darum wäre uns beliebt, wenn der Gemeinderat darüber verfügen könnte. Es wäre das sinnvollste. Das ist der Grund, warum wir eine pauschale Reduktion wollen. Erich hat noch einen Punkt angesprochen wegen Sparvorschlägen der Bevölkerung. Uns ist das wichtig. Die Vorschläge, welche realistisch waren, sind in den Bericht eingeflossen. Wenn jemand schreibt, man muss dem Gemeindeammann den Chauffeur

wegnehmen, das geht natürlich gar nicht. Es hatte rassistische Sache wie man solle alle Asylanten ausschaffen etc. Auf solche Anträge wollten wir nicht weiter eingehen und wollten diese auch nicht weiter kommentieren. Wir haben in der Arbeitsgruppe lange diskutiert, wie wollen wir die Eingaben der Bevölkerung weiter bekannt geben. Wir haben darauf verzichtet, die Eingaben der Bevölkerung überall einzeln auszuweisen. Die Eingaben sind in der Excel Liste einzeln aufgeführt und für alle einsehbar. Die Excel Liste soll auch benutzt werden, kann auch der Bevölkerung abgegeben werden. Man kann diese bei der Gemeindekanzlei beziehen. Die Liste soll transparent sein, sie ist kein Geheimnis. Doch die rassistischen Sachen wurden nicht aufgenommen.

Christian Keller: Patrick, möchtest Du an Deinem Antrag festhalten oder bist Du mit der Antwort zufrieden?

Patrick Hehli: Ich muss nicht an meinem Antrag festhalten, wenn die Anträge als aufgenommen gelten und die Einwohnerratspräsidentin oder der Vizepräsident und lässt an der Budgetsitzung darüber abstimmen. Dann stimmt das für mich.

Christian Keller: Dann sind die Vorschläge also integrale Teile an der Budgetsitzung und gelten jetzt schon als Antrag.

Patrick Hehli: Es wäre für den Einwohnerrat von Vorteil, wenn er wüsste, wie der Gemeinderat und die Arbeitsgruppe Finanzen einig wurden betreffend der globalen Kürzung. Das hätte matchentscheidende Einflüsse auf unsere Vorbereitung für die Budgetsitzung.

Christian Keller: Ich gehe davon aus, dass die rechtliche Auskunft von Toni Meier korrekt ist und keine weiteren Überprüfungen notwendig sind.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Am Montag findet die Fraktionspräsidenteninformation statt. Dort wird der Gemeinderat die entsprechende Antwort geben.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Einwohnerrat nimmt Kenntnis vom Bericht der Arbeitsgruppe Finanzen.**
- 2. Die Motion der SVP-Fraktion wird von der Kontrolle abgeschrieben**

Dieser Antrag wird einstimmig genehmigt.

- 3. Das Postulat von Christian Keller wird von der Kontrolle abgeschrieben. Wer dem Antrag zustimmen möchte, solle dies bezeugen durch Handerheben.**

Dieser Antrag wird mit 26 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung genehmigt.

Dieter Martin, Gemeindeammann: In Bezug zu Punkt 3, Postulat Christian Keller. Die Verwaltung wird die Bevölkerung nach der Budgetdebatte über den Bericht der Arbeitsgruppe informieren.

7 2015.29 Postulat Urs Müller, Einwohnerrat Grüne; Abklärungen über eine engere Zusammenarbeit / Fusion der Feuerwehren Obersiggenthal und Untersiggenthal

Eintreten wird nicht bestritten.

Urs Müller: Ich bin mit der Antwort vom Gemeinderat nicht ganz glücklich. Ich möchte es eigentlich unter den Titel Stellen: Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg. Ich anerkenne den Willen des Gemeinderates, dass sie diesbezüglich etwas unternehmen wollten. Sie haben mit dem Versicherungsamt in Aargau Kontakt aufgenommen und sie haben Untersiggenthal angefragt, ob eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet werden könnte für weitere Abklärungen. Leider hat Untersiggenthal diesbezüglich keinerlei Interesse gezeigt. Was mich besonders irritierte ist, dass Untersiggenthal die Auswirkungen offensichtlich bereits kennt, ohne das alles genauer untersucht wurde. Selbstverständlich gäbe es Möglichkeiten. Das hat sowohl das Versicherungsamt gesagt, es gäbe Möglichkeiten mit einem Standort oder mit zwei Standorten. Ich vermisse vom Gemeinderat Antworten auf die Fragen, welche ich im Postulat gestellt habe. Eine lautete: Welche Erfahrungen haben andere Gemeinde mit der Zusammenlegung der Feuerwehren gemacht? Welches waren die Kosteneinsparungen? Ich lese auf diese Fragen in der Antwort des Gemeinderates nichts. Ich habe mich selber bei verschiedenen Gemeinden informiert und Zahlen eingeholt. Die Feuerwehr Ennetbaden hat mit Baden fusioniert. Bei den Nettokostenausgaben konnten nach der Fusion rund die Hälfte eingespart werden. Und Ennetbaden hat übrigens immer noch einen eigenen Standort. Im Surbtal haben sich drei Gemeinde zusammengeschlossen, da geht man von einem Drittel Einsparungen aus; es sind vor allem Lohnkosten, welche eingespart wurden, weil die Mannschaft 1/3 weniger Bestand hat. Ein Wort zur Standortfrage. Untersiggenthal sagt, man müsste ein neues Magazin bauen in der Mitte. Unsere beiden Feuerwehren liegen mit dem Fahrzeug 2 Minuten voneinander entfernt. Ich glaube von unserem Standort her können wir innerhalb von 8 Minuten jeden Punkt in unserer Gemeinde erreichen. Das heisst, wenn wir 2 Minuten länger brauchen, dann liegen wir immer noch in den 10 Minuten. Das Versicherungsamt ist nicht mehr so stur, das weiss ich vom Surbtal her. Sie sind flexibler. Es macht keinen Sinn, wenn wir mein Postulat nicht abschreiben, da Untersiggenthal nicht mitmachen will. Der Gemeinderat Obersiggenthal kann nicht viel machen. Bei der Einreichung des Postulates habe ich aber darauf hingewiesen, dass der Gemeinderat selbstverständlich auch mit Baden Kontakt aufnehmen darf. Nachdem nun die Absage von Untersiggenthal vorliegt, möchte ich den Gemeinderat bitten, die Option Baden weiter zu verfolgen. Spätestens dann, wenn bei unserer Feuerwehr Investitionen wie Fahrzeuge, Drehleiter etc. anstehen, dann erwarte ich, dass im Vorgang die Abklärungen mit Baden stattgefunden haben. Wir können das Postulat jetzt abschreiben, das heisst nicht, dass diesbezüglich nicht weitere Abklärungen getroffen werden können.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Der Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen.**
- 2. Das Postulat sei als erledigt von der Kontrolle abzuschreiben.**

Dieser Antrag wird 35 Ja- Stimmen zu 2 Nein-Stimmen genehmigt.

8 2016.04 Postulat Fraktion SP/Grüne, Kernkraftwerk Beznau, Strahlenbelastung der Obersigenthaler Bevölkerung

Eintreten wird nicht bestritten.

Theo Flückiger: Es gibt über den Bericht vieles zu diskutieren. Ich habe drei Themen herausgeplückt. Zum Ersten werde ich etwas zum Formellen sagen, dann als zweiter Punkt werde ich auf das Inhaltliche eingehen und als dritter Punkt einige persönliche Bemerkungen. Formelles: das Postulat enthält zwei klar formulierte Aufträge: Abklärungen mit dem ENSI zur genannten Fragestellung. Das ENSI geht auf die Frage nicht ein, sondern sie geben uns einige Antworten mit dem Verweis auf umfangreiche Links. Mit den Links kann/muss man die Informationen selber zusammensuchen. Der Gemeinderat hat nun zwei Möglichkeiten, damit umzugehen. Einerseits kann er sagen, dass er mit dem ENSI-Bericht nicht zufrieden ist, wir wollen eine klare Antwort. Wir haben auf unsere Frage keine Antwort erhalten. Oder die andere Variante wäre die, der Gemeinderat macht sich die Mühe und klickt all die Links durch und sucht sich die Antworten selber zusammen. Für uns ist die Antwort vom Gemeinderat keine Lösung, dass wir die Antworten selber suchen müssen. Normalerweise bekommen wir Antworten in einem Papier zu den gestellten Fragen. In diesem Sinne ist die Aufgabe seitens des Gemeinderates klar nicht erfüllt. Wir haben Punkt 2 im Postulat: Information der Bevölkerung. Mit dem uns vorgelegten Papier ist es schwierig, die Bevölkerung zu informieren. Nun zum Inhaltlichen: die Frage, was ist sicher? Eine absolute Sicherheit ist gegeben, wenn man von 100 % Sicherheit sprechen kann. Bei Kernenergie spricht man immer von einem Restrisiko. Wenn das ENSI sagt, der Reaktor I Beznau geht erst wieder ans Netz, wenn die Sicherheit gegeben ist, dann machen sie sich unglaublich, dann geht Beznau I nie mehr ans Netz. Offensichtlich liegen schwerwiegende Probleme vor, sonst würde der Reaktor nicht schon über ein Jahr stillstehen. Aufgrund dieser Tatsache besteht bei der Bevölkerung eine Unsicherheit und man möchte gerne darüber informiert sein. Schlussendlich können wir nicht selber beurteilen, wie es um die Sicherheit des Reaktors steht, resp. wie hoch das Risiko ist. Wir müssten eigentlich vom Risiko sprechen und nicht von der Sicherheit. Umso wichtiger erscheint uns, dass offen kommuniziert wird, dass die Bevölkerung weiss, worum es geht. Das ENSI, Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat, ein Bundesbetrieb, welches, ich gehe davon aus, von Steuergeldern finanziert wird, hat im Auftrag der Bevölkerung Kernkraftwerke zu überwachen. Antwortet das ENSI mit Verweisen auf viele Links, dann ist das aus unserer Sicht nicht sehr glücklich, so entsteht kein Vertrauen zu einer Organisation. Wenn ein Kernkraftwerksbetreiber nicht über das Risiko sprechen will, dann ist das nachvollziehbar. Das ENSI hat einen anderen Auftrag und müsste entsprechend anders reagieren. Nun persönliche Ausführungen. Wie stark darf man spüren, ob der Gemeinderat Lust hat, auf eine Fragenstellung einzugehen? Es ist heute das dritte Postulat, welches ungenügend behandelt wurde. Es wurden Sachen unter den Tisch gewischt und nicht darauf eingegangen, Fristen wurden nicht eingehalten usw. Das ist für uns nicht sehr befriedigend. Wir wünschen uns, dass eine sachliche Bearbeitung unabhängig vom Inhalt durchgeführt wird. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, wir vertreten ein Thema, mit welchem sich nicht nur unsere Partei befasst, sondern die ganze Bevölkerung. Wir wohnen sehr nahe an Beznau I. Wir sind der Meinung, dass weit über unsere Parteigrenze die Leute unsicher sind mit der Tatsache, was passiert da, ein Reaktor steht schon über ein Jahr still. Wir möchten anregen, das Postulat nicht einfach so abzuschreiben, sondern dass man das Postulat dem Gemeinderat zurückgibt für eine saubere Abklärung.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmung

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Einwohnerrat genehmigt den Bericht des Gemeinderats zum Postulat der Fraktion SP/Grüne vom 7. Dezember 2105 betreffend Strahlenbelastung in der Gemeinde Obersiggenthal bei einem plötzlich vollständigen Versagen des Reaktordruckbehälters im Atomreaktor Beznau 1. Bericht des Gemeinderates sei zu genehmigen.
2. Das Postulat wird als erledigt von der Kontrolle abgeschrieben.

Dieser Antrag wird 18 Ja- Stimmen zu 19 Nein-Stimmen abgelehnt.

Patrick Hehli: Ich hoffe, der Gemeinderat hat diese Abstimmung als Auftrag verstanden, dass wir nicht zufrieden sind. Wir erwarten eine neue, ausführliche Beantwortung.

9		Kreditabrechnungen
	2014.33	Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Schlauchverleger Feuerwehr, Ersatzbeschaffung Verkehrsfahrzeug
	2012.25	Hallen- und Gartenbad, Sanierung 4. Etappe, Haustechnik und Badewas- seraufbereitung
	2015.13	Hallen- und Gartenbad Obersiggenthal / Wintersauna
	2013.13	Hallen- und Gartenbad Sauna Neugestaltung (nicht ausgeführt)

Eintreten wird nicht bestritten.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Im Anbetracht der Zeit möchte ich nicht den ganzen Bericht wiederholen. Ich möchte aus Sicht der Finanzkommission auf zwei Punkte hinweisen. Wir haben uns überlegt, ob wir die Abrechnung Neubau Wintersauna zurückweisen wollen. Es wird eine massive Kostenüberschreitung prozentual und auch in Franken ausgewiesen. Die Finanzkommission hat aber davon abgesehen, weil dies sachlich nichts bringen würde. Es würde Mehraufwand für die Verwaltung bedeuten, das Resultat würde nicht besser und auch nicht schlechter. Das Resultat würde bleiben wie es ist. Die Finanzkommission möchte dies neben ihrem Bericht auch mündlich kundtun: wir erwarten, dass künftige Kreditvorlagen etwas ausgereifter vorgelegt werden, vor allem dann, wenn eine gewisse Vorgeschichte besteht. Betrachten wir die Geschichte Hallen- und Gartenbad, Wintersauna. Der Gemeinderat hatte einen Abbruch verfügt, weil er merkte, dass die alte Sauna nicht zu einem vernünftigen Preis saniert werden konnte. Dies war ein sehr positiver Entscheid. Aufgrund solcher Erfahrungen hätte die Finanzkommission etwas mehr Fingerspitzengefühl bei der Ausarbeitung der neuen Vorlage erwartet, steht man doch der Kostenseite noch kritischer gegenüber. Die vorgelegten Kreditabrechnungen stimmen für die Finanzkommission, das nächste Mal, wie vorhin erwähnt, bitte etwas ausgereifter.

Silvia Dingwall: Die Fraktion SP/Grüne hat es auch bedauert, dass über den Wintersaunabau nicht besser kommuniziert worden ist. Wir haben eine andere Frage. Warum hat eine deutsche Unternehmung das Projekt ausgeführt? Wir sind der Meinung, die Gemeinde als Bauherin hat den Auftrag erteilt und soll ein Vorbild sein und regionale Gewerbe bevorzugen. Gehen alle nach Deutschland zum Einkauf, dann wird es für lokale Unternehmungen schwierig zu überleben. Einkaufen in Deutschland führt aber auch zu reduzierten Steuereinnahmen für die Gemeinde und die Region. Wir dürfen nicht vergessen, dass unsere finanziellen Probleme vor allem durch tiefere Steuereinnahmen verursacht wurden, wie Erich Schmid schon erwähnte. Wir legen der Gemeinde ans Herz, in Zukunft nicht nur vorbildlich bei der Beschaffung zu sein, sprich sozial- und umweltverträglich, sondern auch bei Bauaufträgen den lokalen Firmen den Vorrang zu geben.

Franziska Grab, Vizeammann: Wir haben eine einfache Begründung, weshalb wir bei der Wintersauna eine deutsche Firma beauftragt haben. Die Schweizer Saunabauer holen ihr Produkt am gleichen Ort in Deutschland. Wir waren nicht gewillt, mehr als 50 % mehr zu bezahlen für die gleiche Sauna, vom gleichen Ort geliefert. Das war der Hauptgrund, weshalb wir in Deutschland direkt bestellt haben.

Patrick Hehli: Für uns war erfreulich, dass bei den anderen Krediten grundsätzlich immer eine Unterschreitung ausgewiesen wurde und nicht alles ausgeschöpft wurde. In unserer Fraktion war die Saunageschichte ein Thema. Ich möchte die Ausführungen von Peter Marten nur verstärken. Es bestand eine Vorgeschichte, wir wurden im Einwohnerrat immer wieder über die Wintersauna informiert. Es wurde immer informiert, wie diese super angelaufen sei, doch nie wurde über die Mehrkosten informiert. Die Begründungen haben uns aufhorchen lassen. Du hast ausgeführt, warum in Deutschland eingekauft wurde, das ist ja löblich, doch in der heutigen Zeit, auch wenn ich kein Finanzexperte bin, muss der Eurokurs miteingerechnet werden. Der Eurokurs ist Schwankungen ausgesetzt, vor allem zu der Zeit, als die Sauna erstellt wurde. Für uns ist unverständlich, dass die Kursschwankungen nicht miteingerechnet wurden. Oder man hat die Begründung oder Bedachung der Sauna vergessen? Ich habe letztes Jahr einen Carport gebaut. Das erste, was diskutiert wurde war die Frage, was auf das Dach kommt, nur Bitumen, nur Steine oder nur Begrünung? Die Begründungen waren für uns manchmal zweifelhaft. Wir stellen auch hier mangelnde Projektbegleitung in den Raum. Solche kapitalen Fehler sollten aus unserer Sicht nicht passieren.

Christian Keller: Wenn keine weiteren Voten mehr gewünscht werden schreiten wir zur Abstimmung:

Abstimmungen

Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat, folgende Abrechnungen zu genehmigen:

a) Ersatzbeschaffung Schlauchverleger, Kreditabrechnung	CHF 141'520.85
b) Ersatzbeschaffung Verkehrsfahrzeug, Kreditabrechnung	CHF 159'213.85
c) Hallen- und Gartenbad, Kreditabrechnung Sanierung 4. Etappe, Haustechnik und Badewasseraufbereitung	CHF 1'530'976.30
d) Hallen- und Gartenbad, Kreditabrechnung Wintersauna	CHF 213'773.78
e) Hallen- und Gartenbad, Kreditabrechnung Sauna Neugestaltung (nicht ausgeführt)	CHF 4'973.90

Die Kreditabrechnungen werden alle zusammen mit 37 Ja- zu 0 Nein-Stimmen genehmigt.

10 2016.29 Umfrage

Lukas Füglistler: Ich habe eine Frage zum Goldiland. Seit Wochen fehlt die Fassade. Heute haben wir gehört, dass am 11. November 2016, ich hoffe, es ist kein Faschnachtsstart, die Eröffnung stattfinden wird. Woher kommt die Fassade? Wieso geht das so lange, bis diese montiert ist?

Marie-Louise Nussbaumer, Gemeinderätin: Ich muss die Antwort nachliefern.

Peter Marten, Präsident Finanzkommission: Obwohl zu Beginn darauf hingewiesen wurde, man soll die Sitzungszeit nicht überstrapazieren und sich kurzfassen, trotzdem zwei Hinweise. Ich möchte eine kleine Richtigstellung anbringen zur Petition, welche der Gemeinderat aufgezeigt hat. Im Text steht, dass die Finanzkommission den Antrag gestellt hat, die Ludothek zu schliessen. Mir als Präsident der Finanzkommission ist dies nicht bekannt. Ich bitte, dies den Leuten mitzuteilen, die das geschrieben haben. Das stimmt nicht. Ich habe mir den Spass gemacht, heute zu schauen, wieviel Zeit bei welchen Traktanden benötigt wird. Sprechen wir im

Sinne von Effizienzsteigerung: das Traktandum 1, Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll wurde um 19.33 Uhr beendet. Wir haben also rund eine halbe Stunde benötigt für Traktandum 1. Da besteht sicher Potenzial, Zeit zu gewinnen.

Urs Müller: Ich habe eine Frage, bin mir aber bewusst, dass der Gemeinderat dies heute nicht beantworten kann aber vielleicht in zwei Wochen, an der nächsten Einwohnerratssitzung. Wir werden bald über die Unternehmungssteuerreform III abstimmen. Ich möchte gerne wissen, welchen Einfluss dies auf unsere Gemeindefinanzen haben wird.

Linus Egger, Gemeinderat: Ich kann auch in zwei Wochen keine Antwort über die Auswirkungen auf unsere Gemeindefinanzen geben, weil es der Kanton selber auch noch nicht weiss. Es hat eine erste Orientierung stattgefunden, im Dezember findet eine weitere statt. Es gibt verschiedene Arbeitsgruppen. Die Prozentsätze sind noch nicht fixiert. Die Gesamtbelastungsbegrenzung, 60 % oder 80 %, ist noch nicht festgelegt. Beim Gewinnsteuersatz haben wir über CHF 250'000, 15.2 %, Was darüber liegt ist 18.6 %, 18 % oder 17.9 %. Dies ist noch nicht festgelegt. Das wird mit den Nachbarkantonen abgesprochen, resp. besprochen. Die Entlastung der Teilbesteuerung von Dividenden ist auch noch nicht festgelegt. Vielleicht weiss ich im Dezember mehr, aber sich noch nicht in 14 Tagen. Sobald die Prozentwerte fixiert sind, dann ist der erste Auftrag des Leiters Steuern, eine Berechnung anzustellen. Momentan haben wir Aktiensteuern von rund einer halben Million, in guten Zeiten hatten wir eine Million. Ein Steuerprozent wäre etwa CHF 230'000, damit kann man es ausrechnen, bei goldigen Zeiten wären es etwa 5, heute sind es etwa 2. Ich kann keine Aussagen machen, bevor die Prozentzahlen festgelegt wurden. Die Abstimmung findet voraussichtlich im Februar statt, wenn alles nach Plan läuft.

Patrick Hehli: Franziska, Du hast über den Wasserschaden informiert. Wer bestimmt und legt die Verkehrsumleitungen fest? Die Leute im Quartier Ahornweg, Erlenweg waren über die Umleitung äusserst unglücklich. Die Information war sehr schlecht. Plötzlich herrschte grosser Verkehr. Gewisse Leute kennen scheinbar die Geschwindigkeitsbegrenzungen 30, 50 oder 60 nicht. Es hat in diesem Quartier kleine Kinder und plötzlich herrscht ein grosses Verkehrsaufkommen ohne entsprechende Informationen über die Umleitung. Der obere Teil der Wiedackerstrasse ist nun auch gesperrt. Die Signalisation war aber nicht klar. Die Autos fahren nun durch das Fahrverbot Erlenweg, durch das Fahrverbot Ahornweg. Ich frage mich, wieso legt man eine Umleitung von einer Baustelle in ein Fahrverbot, wenn man via Hirschenplatz – Brüelstrasse – Paradiesstrasse fahren könnte? Wer bestimmt die Routenführung? Die Signalisation war sehr schlecht.

Franziska Grab, Vizeammann: Der Gemeinderat bewilligt dies. Wir haben betreffend der Baustelle eine Anwohnerinformation gemacht. Ich nehme das gerne entgegen und gehe der Sache nach. Die Baustelle sollte bis Ende Herbstferien fertig sein, ausser den direkten Hausanschlüssen.

Patrick Hehli: Jetzt fahren alle Erlenweg, Ahornweg und merken, dass der obere Teil geschlossen ist. Sie wenden und benützen den Kirchweg, der ein Schulweg ist. Denkbar unglücklich signalisiert.

Markus Renggli: Kommt man von oben von der alten Trotte, dann sieht man das Fahrverbot eigentlich nicht. Alle fahren runter, wenden oder suchen sich einen anderen Weg. Eine bessere Signalisation via Hirschenplatz wäre gut.

Franziska Grab, Vizeammann: Diese Wochen hatten wir Probleme mit sogenannten Nachtbusstreifen. Alle Umleitungstafeln wurden weggenommen.

Erich Schmid: Ich habe an früheren Einwohnerratssitzungen darauf hingewiesen, dass der FTP-Server, welcher zum Herunterladen der Unterlagen eingerichtet wurde, nicht funktionierte. Diesmal hat alles bestens geklappt. Dieter Martin orientierte über das Oederlin-Areal. Der Investor will zurückkriechen. Ich bin über das Mitwirkungsverfahren etwas enttäuscht. Ein bis zwei

Parteien haben teilgenommen. Wir hatten vor 3 Jahren die grosse BNO behandelt, vor 4 Jahren haben ebenfalls zwei Parteien mitgemacht. Ich wies damals daraufhin, dass es immer mühsam sei, dass man nach einem Mitwirkungsverfahren an der Sitzung selber darüber diskutiert. Im Oederlin-Areal das gleiche. Die CVP war bei beiden dabei, sonst hätte ich das nicht vorgetragen. Im Zusammenhang mit der Schulraumplanung ist mir noch etwas in den Sinn gekommen: Oederlin-Areal, dezentrale Kindergärten. Wird das Oederlin-Areal mit 370 Wohnungen umgesetzt, dann ist Rieden gleich gross wie Kirchdorf. Man muss sich vielleicht noch Gedanken darüber machen, ob im Oederlin-Areal noch ein Kindergarten einzuplanen ist. Dies als Anregung für die nächsten Planungsschritte. Es ist mir klar, mit Aussenräumen usw., wird es relativ eng mit der hohen Ausnützungsziffer. Eine Frage an den Gemeinderat. Im Oktober haben wir eine Sitzung. Wann erfolgt der Versand der Unterlagen? Kommen die Unterlagen vor den Schulferien? So könnte man diese in die Ferien mitnehmen. Eine Frage an Dieter Marin: ich habe an der letzten Einwohnerratssitzung gefragt, wie der Stand der Einzonungen ist im Häfelerhau, Au etc. Es wurde umgezont und es besteht eine Gestaltungsplanpflicht. Man hört vom Schild Ost, man hört vom Oederlin-Areal. Wiesenweg ist überbaut. Wo stehen wir mit den Gestaltungsplänen und dem weiteren Vorgehen? Irgendwann sollte dort noch Geld einfließen betreffend Mehrwertabgabe. Wann bekomme ich die Antwort darauf?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich möchte mich bedanken beim Einwohnerrat bzw. bei den Parteivertretern, da Ihr im Zusammenhang mit Oederlin-Areal der Gemeinde den Rücken gestärkt habt. Ich finde das wichtig, wenn anonyme Architekten in der Presse zu Wort kommen. Es tut gut zu spüren, dass doch noch jemand hinter allem steht. Ich habe letztes Mal etwas gesagt zum Thema Häfelerhau. Wir stehen in gutem Gespräch mit den Entwicklungsträgern. In der Zwischenzeit wurde ein Verkehrsgutachten erstellt für den Waldeggweg. Man hat seitens Entwicklungsträger eine erste Information für die Anwohnerschaft durchgeführt. Es wurden Fragen zuhanden des Gemeinderates gestellt im Zusammenhang mit dem ganzen Prozess, welche wir dem Kanton weitergeleitet haben. Im Moment warten wir auf die Antwort. Bereits erfolgte eine Vorstudie, wie die Häuser in etwa angeordnet werden könnten. Die Gemeinde hat keine Finanzen um sich zu beteiligen. Für diejenigen mit einer Mehrwertabschöpfungspflicht, wurden bei der Bemessung der Landwerte die Entwicklung von Gestaltungsplänen berücksichtigt. Der Gemeinderat hat gesagt, es kann nicht sein, dass wir das gleiche Geld quasi zurückgeben. Sie haben trotzdem einem richtigen Projektwettbewerb zugestimmt, vor dem Gestaltungsplan. Wir warten auf die Antwort vom Kanton und dann geht es weiter. Das ist wichtig für die Entwicklungsträger. Wir haben ein gutes Gegenüber, welches auch weiss, was Sache ist. Die Mehrwertabschöpfung wird erst relevant, wenn das Bauge such vorliegt. Spätestens nach 6 Jahren. Am 3. Oktober 2016 wäre der Versand für die Oktober Sitzung

Daniela Graubner: Ich möchte wissen, was Ihr macht, wenn im Markthof der Entwicklungsträger überhaupt nichts macht?

Dieter Martin, Gemeindeammann: Einerseits wollen wir mit ihm im Gespräch bleiben und andererseits haben wir die Absicht, mit den Betreibenden und den Eigentümern vom Markthof das Gespräch aufzunehmen. Es ist effektiv so, wenn Herr Hurter das Gefühl hat, er wolle nicht mehr weitermachen, dann können wir ihn nicht dazu zwingen. Ich kann hier sagen, dass ich gestern Besuch hatte von einem Investor, welcher Herr Hurter kennt. Herr Hurter hat ihn beauftragt, bei der Gemeinde abzuklären, wie der Stand der Dinge ist. Die Flamme brennt schon noch ein wenig.

Marcel Müller: Erich Schmid hat das schon angesprochen, die Steuereinnahmen haben wir in der Arbeitsgruppe nicht speziell geprüft. Steuererhöhungen kann man immer machen, das muss man nicht gross diskutieren. Entwicklungsgebiete wie Schild-Ost plus Oederlin sind wichtig. Es gibt offenbar zwei Möglichkeiten, wie ein Gebiet entwickelt werden kann. Einerseits kann der Entwicklungsträger kommen und sagen wie oder die Gemeinde sagt, wie. Habt Ihr dem Investor schon einmal von der Gemeinde aus gesagt, wie Ihr es wollt und was Ihr Euch dort ganz konkret vorstellt mit Entwicklungsplan, eine detaillierte Geschichte? Der Investor vermittelt uns eher den Eindruck, er habe x-mal mit Euch das Gespräch geführt und stösst immer

an. Ich muss ehrlich sagen, er hat mich einmal angerufen. Ich habe ihm geraten, die Gemeinde zu fragen, wie Ihr es denn gerne hättet. Sollten seine Behauptungen richtig sein, dann würde es mir auch nicht gefallen, andauernd Pläne einzureichen, welche zurückgewiesen werden. Vielleicht wäre es sinnvoller, wenn die Gemeinde mit einem konkreten Vorschlag kommen würde.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Ich habe ja ein Blatt verteilen lassen, welches das Instrument Gestaltungsplan detailliert erklärt. Die Eigentümerschaft kommt nicht darum herum, nichts zu zahlen. Eigentlich ist es üblich, dass der Gestaltungsplan vom Entwicklungsträger erstellt wird. Wir haben ihm nicht gesagt, es gehe nicht. Wir haben gesagt, er kann es probieren. Er hat vom Kanton und von uns Hinweise bekommen, vor allem sein Berater sagte dauernd schon beim ersten Workshop nach dem Gestaltungsplan, es bestehe ja eine Testplanung, es brauche gar keinen Wettbewerb. Die Testplanung brauchte es, damit die BNO angepasst werden konnte. Übrigens hat er von 10 Jahren gesprochen. Aber 2010 war die Testplanung fertig und er hätte weitermachen können. Doch er sagte, er warte bis eine höhere Ausnutzung möglich ist. Er wartete also 4 ½ Jahre, bis die BNO abgeändert wurde. Es ist nicht ganz einfach mit Herr Hurter zu kommunizieren.

Marcel Müller: Ja, wenn jemand eine Betreibung androht, das sagt schon viel aus.

Dieter Martin, Gemeindeammann: Wir sprechen von 3 Betreibungen. Er hat neben zwei Mitarbeitern der Gemeinde die Gemeinde selber auch betrieben. Wir stehen immer noch in Kontakt mit Herr Hurter. Ich fragte ihn schon, wie das nun mit dieser Rechnung weitergehe? Später fragte ich nach den Betreibungen? Er antwortete dann, dass mit einer Betreibung zu rechnen sei. Ich habe mich korrekt verhalten. Es geht mir emotional nahe. Ich habe nun eine Betreibung am Hals und einen Eintrag. Die Betreibung erfolgte völlig missbräuchlich und ungerechtfertigt. Der Gemeinderat will mit ihm im Gespräch bleiben um etwas zu erreichen.

Marcel Müller: Herr Hurter hat das Gefühl, er komme nie weiter.

Christian Keller: Ich danke für das Ausharren. Somit schliesse ich die Sitzung um 22.50 Uhr.

Der Vizepräsident:

Christian Keller

Die Protokollführerin:

Romana Hächler